

Un seul monde Un solo mondo **Eine Welt**

NR. 1
MÄRZ 2003
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch



**Sicherheit durch
Entwicklung**
Mit Armutsbekämpfung gegen
Angst und Not

Pakistan: Überschattete
Vielstimmigkeit und starke Frauen

Kosovo: Reportage aus der ethnisch
geteilten Stadt Mitrovica

DOSSIER



SICHERHEIT DURCH ENTWICKLUNG

Armutsbekämpfung statt Krieg gegen den Terror

Um ein Leben in Sicherheit führen zu können, braucht es nicht mehr Militär und Polizei, sondern intensivierte Entwicklungszusammenarbeit. Die DEZA fordert eine fortschrittliche Haltung der Schweiz bezüglich Sicherheitsfragen.

6

Das südafrikanische Wunder und seine Nachwirkungen

Südafrika hat es vom Apartheidregime zur gemischtrassigen Demokratie geschafft, ohne dass es zum befürchteten Bürgerkrieg kam

12

Plädoyer für einen starken Staat

Der frühere deutsche Entwicklungsminister Erhard Eppler im Interview

14

Internetfähiges Dzongkha

Die Amtssprache Bhutans wird mit Schweizer Unterstützung digitalisiert

24

FORUM



«For a long time»

Der Versöhnungsprozess im Kosovo kommt nur schleppend voran. Eine Reportage aus der geteilten Stadt Mitrovica.

26

Eine verflixte Frage

Die indische Journalistin Shoma Chaudhury über Entwurzelung, ausgelöst durch Englisch

29

HORIZONTE



PAKISTAN

Der fehlende Mut zur Demokratie

Insbesondere Frauen rütteln in letzter Zeit an lähmenden Strukturen in einem Land, das unter chronischer politischer Instabilität leidet

16

Eine giftige Geschichte

Hashim Abro aus Islamabad über eine tödliche Art, Fische zu fangen

20

DEZA

Wenn alle am gleichen Strick ziehen

DEZA-Direktor Walter Fust über die Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit

21

Bratislava – Zentrum für atomare Sicherheit

Die DEZA unterstützt ein Kompetenzzentrum für die Sicherheit von Kernkraftwerken in Osteuropa

22

KULTUR



Filme für Afghanistan

Nach Jahren des Kriegs und dem totalen Bildverbot versuchen engagierte Produzenten und Regisseure eine eigene Film- und TV-Kultur aufzubauen

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... politische Konditionalität?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Morgen muss ich zum Arzt...

...danach die Tochter in die Geigenstunde bringen und wieder holen, auch muss ich Brot, Käse und Aufschnitt zum Abendessen einkaufen, weil die Frau jeden Dienstagabend in der Berufsschule sich weiterbildet. Tätigkeiten halt, die selbstverständlich sind – für uns in der Schweiz: Essen, Kultur, Gesundheitsdienst und Bildung. Nicht so in weiten Teilen der Welt. Das Konzept der menschlichen Sicherheit nimmt in internationalen Entwicklungsdiskussionen immer mehr Raum ein. Es beinhaltet nicht nur staatlich gesichertes Alltagsleben mit allgegenwärtigen Polizisten und einer hochgerüsteten Armee, die einen friedlichen Alltag sichern. Menschliche Sicherheit beinhaltet auch die Grundbedürfnisse, welche gedeckt sein müssen, damit ein Mensch oder eine Gesellschaft sich entwickeln können.

Gemäss einer repräsentativen Umfrage fühlen sich die Schweizerinnen und Schweizer sicher. Dies obwohl es politische Stimmen gibt, die der Bevölkerung etwas anderes glauben machen wollen. Zur Zeit sind es vor allem junge Asylbewerber aus Westafrika, die verantwortlich dafür gemacht werden, dass unsere Töchter und Frauen nicht mehr sicher sind. In meiner Kindheit waren es die Italiener, später die Jugoslawen, dann die Tamilen, anschliessend die Kosova-Albaner und nun die Schwarzafrikaner. Das Fremde macht Angst und eignet sich ideal für Projektionen beliebiger Art. Dass es Probleme gibt mit einigen Asylbewerbern, egal aus welcher Welt-ecke sie kommen, ist eine Tatsache. Vorab junge

Männer wagen die Reise in den gelobten Norden, wo Arbeit, Geld, Krankenpflege, Ausbildung warten, die menschliche Sicherheit gewährleistet ist. Hier angekommen, sind sie meist zum Nichtstun verurteilt, ein Nährboden, der es mit sich bringt, dass sie versuchen, sich in illegalen Bereichen ihr Geld zu verdienen. Wenn in dieser Situation verschiedene politische Stimmen fordern, diejenigen Staaten mit dem Stopp von Entwicklungszusammenarbeit zu bestrafen, welche die hier unerwünschten Asylbewerber nicht zurücknehmen, so hiesse dies «das Pferd am Schwanz aufzäumen» wie es kürzlich DEZA-Direktor Walter Fust mit folgender Argumentation beschrieb: «Wenn überhaupt die Migration eingedämmt werden kann, dann nur durch internationale Zusammenarbeit.»

Die DEZA hat «Sicherheit durch Entwicklung» als Jahresthema 2003 gewählt. Es ist auch das Thema unseres Dossiers (ab Seite 6). Dass zur Entwicklung auch Kultur gehört, zeigen die wandernden Kinos, welche in Afghanistan kurz nach Ablösung des Taliban-Regimes auf Achse und in die Dörfer gingen. Lesen Sie, welche Reaktionen die laufenden Bilder auslösten (ab Seite 30), und planen Sie Ihren nächsten Tag im Wissen darum, dass viele Menschen solche Pläne nicht machen können, weil sie keinen Zugang zu den für uns selbstverständlichen Dienstleistungen haben.

Harry Sivec
Chef Medien und Kommunikation DEZA

Periskop

Entschlüsselter Erreger

(bf) Einem Team von 150 Forscherinnen und Forschern ist es gelungen, das komplette Erbgut des Malaria-Parasiten (*Plasmodium falciparum*) sowie der Malaria-Mücke (*Anopheles-Moskito*), die den Erreger übertragen, zu entschlüsseln. Die Genomdaten könnten Grundlage für die Entwicklung neuer Medikamente, Insektengifte und Impfstoffe sein, hoffen die Wissenschaftler. Malaria ist die weltweit bedeutendste Tropenkrankheit. Sie tötet nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO jährlich eine Million Menschen. Rund 90 Prozent der Opfer leben in Afrika südlich der Sahara, fast drei Viertel sind Kinder unter fünf Jahren. Etwa 400 Millionen Menschen werden jährlich neu infiziert. Bisher standen die Ärzte der Malaria fast machtlos gegenüber. Dies könnte sich bald ändern. Der nächste Schritt der Wissenschaft wird nun sein, im entschlüsselten Erbgut mögliche Angriffspunkte zu finden.

Versicherte Frauen

(bf) Millionen von Frauen arbeiten in Indiens Wirtschaft im informellen Sektor, beispielsweise als Gemüseverkäuferinnen, «Kopfschlepperinnen» oder Tagelöhnerinnen – und verdienen dabei nicht mehr als ein Trinkgeld. Dennoch hängt von ihrem Einkommen oft eine ganze Familie ab. Wenn sie krank werden, verunfallen oder ihren Job verlieren spitzt sich ihre sonst schon prekäre Situation und diejenige ihrer Angehörigen oft dramatisch zu, denn natürlich sind sie nicht versichert. Der Absturz in die absolute Armut ist vorprogrammiert. Ein Lichtblick bietet die genossenschaftlich organisierte Versicherung Self-Employed Women's Association (SEWA), die seit Jahren Grundversicherungen gegen Unfall,



Marie Perle / REA / Ifi

Krankheit und Todesfall gezielt für Arme anbietet. Mittlerweile gehören der SEWA in den Gliedstaaten Bihar, Delhi, Gujarat, Kerala, Madhya Pradesh und Uttar Pradesh 420 000 Genossenschaftlerinnen an. «Die Versicherung von und für arme Frauen ist nicht nur eine wesentliche wirtschaftliche Unterstützung in Krisensituationen, sie ermutigt sie auch, sich zu organisieren und trägt zu ihrer wirtschaftlichen Stärkung bei», sagt Mirai Chatterjee, Koordinatorin der SEWA-Sozialversicherungen. Ein erfreulicher Nebenaspekt: Mittlerweile arbeiten viele Frauen für die SEWA als Policen-Verkäuferinnen.

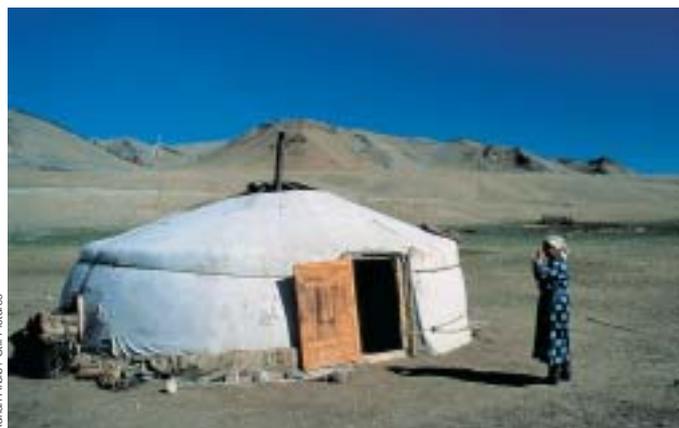
Erleuchtete Hirten-Familien

(bf) Die Regierung Mongoliens hat mit dem Projekt «100 000 Solar-Jurten» ein ehrgeiziges

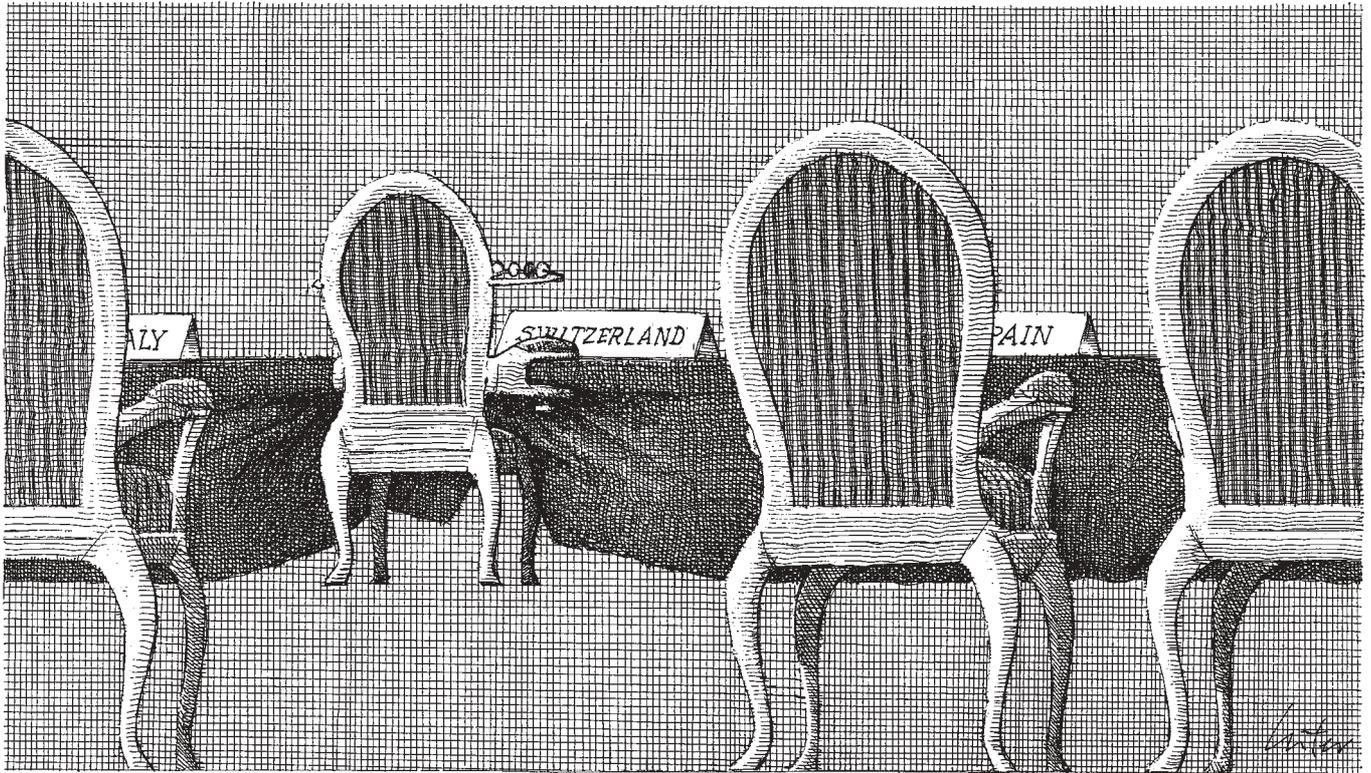
Projekt in Angriff genommen. Bis in die abgelegensten Gegenden von Mongoliens Steppen, Wüsten und Gebirge sollen bis in ein paar Jahren die nomadisierenden Hirten für ihre Zelt-Behausungen, die Jurten, Solar- und Windenergie zur Verfügung haben, welche sie für Beleuchtung und Haushaltgegenstände verwenden können. Zudem wird ein mit erneuerbarer Energie ausgerüstetes, kabelloses Kommunikationssystem aufgebaut. In Zusammenarbeit mit der Industrie werden speziell auf Hirten ausgerichtete Wind- und Sonnenenergie-Ausrüstungen entwickelt. Vergangenes Jahr wurden die ersten 738 Solarenergie-Batterien installiert. Nach harzigem Anfang stellte die mongolische Regierung den nötigen Schub für das Projekt in Form von Darlehen zur Verfügung, mit welchen die Nomaden ihre Solarenergie-Station finanzieren können.

Missbrauchte Kinder

(jls) Seit Kriegsbeginn 1993 haben die verschiedenen Armeen in Burundi rund 14 000 Kinder rekrutiert. Mit Unterstützung der Regierung hat die Unicef nun ein Programm eingeleitet, mit dem die Kindersoldaten entwaffnet und wieder ins Zivilleben integriert werden sollen. Sowohl die Streitkräfte der Regierung wie die Rebellengruppen missbrauchen die Kin-



Adrian Arbib / Still Pictures



Bilaterale Verhandlungen

der als Soldaten, Spione, Verbindungsleute, Hausangestellte usw. Im Allgemeinen schliessen sich die Kinder ihnen an, um ihrem Elend zu entfliehen oder weil sie ihre Familie verloren haben. Einige aber werden zwangsrekrutiert. So entführten im November 2001 Rebellen-soldaten rund 300 Kinder aus zwei Schulen im Osten und Norden von Burundi. Viele konnten mittlerweile befreit werden oder konnten fliehen. «Eine grosse Anzahl von ihnen

leiden unter Angstzuständen, Magersucht, Schlaflosigkeit und Albträumen», stellt der Psychologe Herman Ndayisaba fest, Leiter einer niederländischen Vereinigung, die den Kindern psychosoziale Hilfe bietet.

Eroberte Dünen

(bf) Lange betrachtete die Wissenschaft das Phänomen der Desertifikation als gegeben. Die wachsenden und sich ausbreitenden Wüsten – beispielsweise in der Sahelzone –



Bernard Descamp / Agence VU

zerstörten fruchtbares Land und vertrieben damit die Menschen. Jetzt haben Geografen anhand von Satellitenbildern und untersuchten Wanderdünen erstaunt festgestellt, dass die Vegetation seit rund 15 Jahren ihr einstiges Territorium wieder zurück erobert und begrünt. Der englische Forscher Andrew Warren vom University College London, welches zusammen mit anderen Universitäten die Desertifikation seit Jahren wissenschaftlich untersucht, spricht gar davon, dass die

Vegetation «ziemlich markant zugenommen» hat. In Burkina Faso hat dies zur Folge, dass im Norden des Landes einst von der Wüste vertriebene Familien wieder zurückkehren und sich niederlassen. Über die Gründe, warum die Wüste plötzlich wieder grün wird, gehen die Meinungen auseinander: sprechen die einen von grösseren Regenfällen, glauben andere an verbesserte Land- und Wasserbewirtschaftungsmethoden.

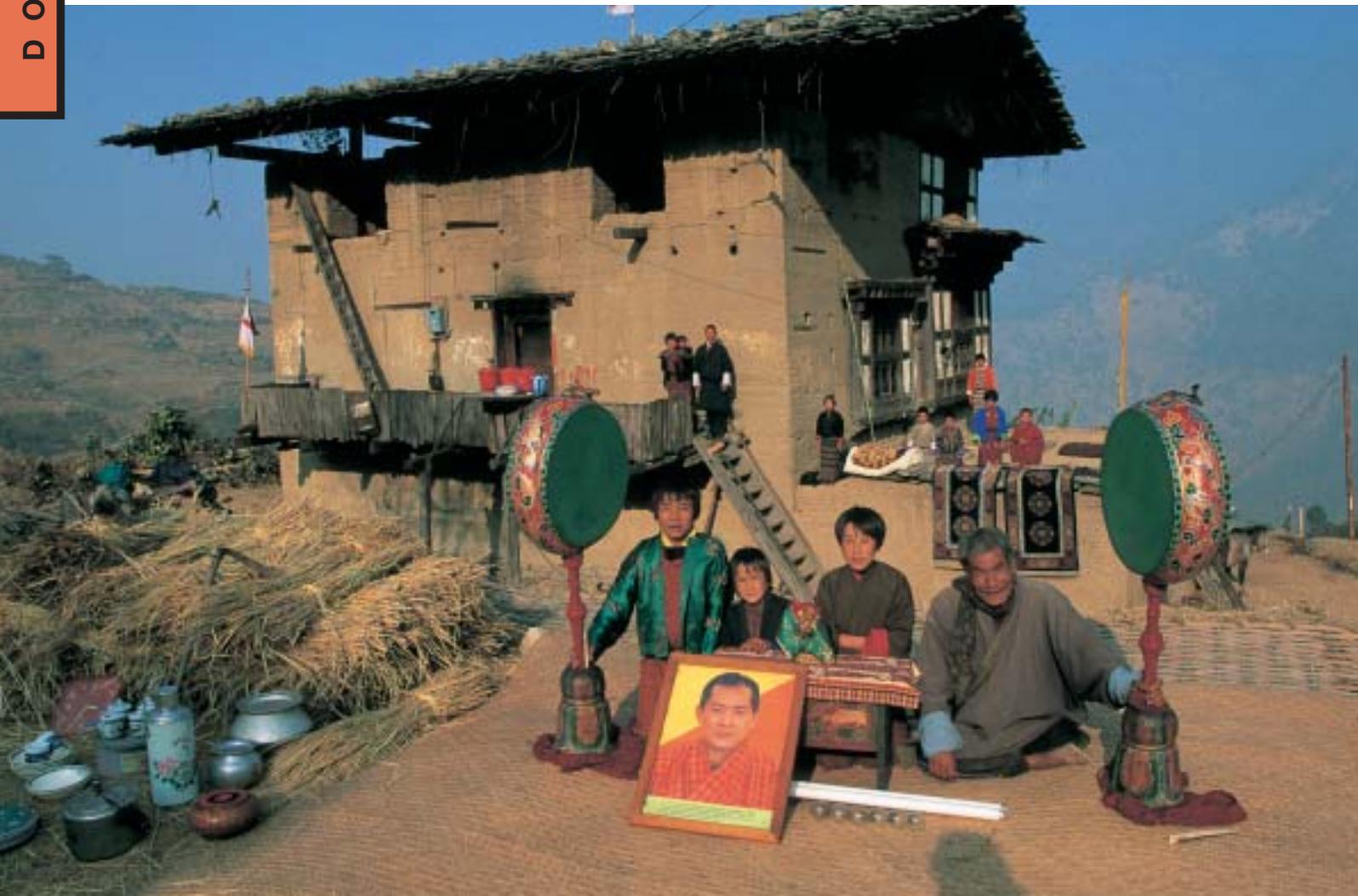


Guerny Uhturock / Ifaf



Für die einen ist es die Gebetstrommel, für die anderen die Waschmaschine. Der Fotograf Peter Menzel besucht weltweit Durchschnittsfamilien und lässt sie ihre Anschaffungen der letzten Jahre auspacken – Synonym für Alltag, Glück und Wohlstand. Einige der Familien besuchte er nach Jahren ein zweites Mal. Seine Bilder erzählen von der zerbrechlichen Sicherheit, von Entwicklung aber auch von Stillstand und Hoffnungen.

Familie Namgay, Shinka/Bhutan
1994 (oben) und 2001 (unten)



Armutsbekämpfung statt Krieg gegen den Terror

Sicherheit bedeutet, ein Leben führen zu können frei von Angst und Not. Um dies weltweit zu erreichen, braucht es nicht mehr Militär und Polizei – sondern intensivierete Entwicklungszusammenarbeit. Dies die Stossrichtung der DEZA, die mit ihrem Jahresthema «Sicherheit durch Entwicklung» eine fortschrittliche Haltung der Schweiz bezüglich Sicherheitsfragen fordert. Von Gabriela Neuhaus.

«Schafft Arbeitsplätze in Afghanistan. Dies ist der einzige Weg, wie Sicherheit in unser Land gebracht werden kann!» Die Antwort auf die Frage, wie es um das Alltagsleben in Afghanistan, ein Jahr nach der Kapitulation der Taliban stehe, klingt wie ein Hilfeschrei. Doch für Siddiq Barmak, den Vorsteher des staatlichen Filminstituts Afghan Film in Kabul steht fest: «Die Leute mit Gewehren in den Händen würden diese sofort auf die Seite legen, wenn sie einen Job hätten. Denn sie sind erpicht darauf zu arbeiten, sofern sie mit einem guten Monatslohn rechnen können.»

Was Barmak anspricht, ist gleichermassen einleuchtend wie brisant: Alle Mittel, die heute in den Aufbau einer funktionierenden Militär- und Polizeiorganisation in Afghanistan investiert werden nützen nichts, wenn ein Grossteil der Menschen in diesem kriegsversehrten Land weiterhin hungert und keine Zukunftsperspektive hat. Erst wenn wichtige Grundbedürfnisse erfüllt sind, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, können sich die Betroffenen sicher fühlen. Und diese Sicherheit wiederum ist Voraussetzung für das Funktionieren von Staat und Wirtschaft.

Bedeutung des individuellen Schicksals

Was für Afghanistan gilt, stimmt auch für den Rest der Welt: Je besser die Voraussetzungen für Gerechtigkeit und Deckung der Grundbedürfnisse in einer Gesellschaft sind, desto grösser ist auch die individuelle Sicherheit. Und diese hat für das Wohlbefinden und somit für die Entwicklung eines jeden Menschen einen hohen Stellenwert. Dies zeigt sich besonders deutlich in Ländern, wo man sich nicht nur einen hohen Lebensstandard,

sondern auch viel Sicherheit leisten kann: Zwar führen Krankheit, Naturkatastrophen oder Arbeitslosigkeit auch bei uns zu Verunsicherung und Ängsten, doch in einem Sozialstaat wie der Schweiz, wo man sich gegen (fast) alles versichern kann, vermittelt ein vielfältiges Auffangnetz auch in schwierigen Situationen relative Sicherheit.

Das alljährlich vom GfS-Forschungsinstitut in Zürich erhobene «Angstbarometer» zeigt denn auch, dass das Bedrohungsempfinden bei den meisten Schweizerinnen und Schweizern sehr gering ist. 86 Prozent der Befragten antworteten, dass sie sich sehr sicher fühlten. Die Ereignisse des 11. September 2001 führten kurzfristig zu erhöhten Ängsten, namentlich vor einem möglichen Krieg. Doch am weitaus häufigsten genannt wurde bei der Umfrage zum Angstbarometer 2002 die Besorgnis um die Sicherheit und das Wohlergehen der eigenen Person und Familie.

An zweiter Stelle folgte die Angst vor Terrorismus, an dritter Stelle die Beeinträchtigung der Sicherheit durch Kriminalität. Von Bedeutung für das Sicherheitsgefühl von Schweizerinnen und Schweizern sind ferner auch die Garantie der demokratischen Grundrechte, soziale Sicherheit, Einkommen, Arbeitsplatz und Umwelt, Sicherheit im Strassenverkehr, die öffentliche Sicherheit – und schliesslich die militärische Sicherheit, welche in der Befragung mit Abstand den letzten Platz in der Wichtigkeitsskala einnimmt.

In Regionen, wo Armut vorherrscht und vitale Grundbedürfnisse wie Ernährung, sauberes Trinkwasser oder Gesundheitsversorgung nicht wie bei uns gewährleistet sind, haben die Menschen ganz andere Ängste. Doch wo immer auf der Welt man



Familie Ukita, Tokyo/Japan 1994 (oben), 2001 (rechts)

«Armut ist nicht der Grund für Terrorismus. Doch die Armut ist Basis vieler Faktoren, die zu Gewalt und Terrorattacken führen können. Die Reduktion von Armut, Marginalisierung und Hoffnungslosigkeit ist, nebst der eigentlichen Zielsetzung, die wichtigste Langzeit-Strategie für Krisenprävention und eine friedliche und nachhaltige Entwicklung.»
Aus einem DEZA-Arbeitspapier zu den Folgen des 11. Septembers 2001 im Hinblick auf Entwicklungszusammenarbeit

sich befindet, so sehr sich die Lebensrealitäten im Süden und Osten von jenen in der Schweiz unterscheiden – das Grundbedürfnis bleibt gleich: Menschen brauchen Sicherheit im Alltag, die ein Leben ohne ständige Angst ermöglicht.

Wer hungert, fühlt sich nicht sicher

In vielen Ländern des Südens und des Ostens steht es schlecht um die für ein Sicherheitsgefühl erforderlichen Rahmenbedingungen: wer hungert, misshandelt wird oder keine Möglichkeiten sieht, die eigene Situation zu verbessern, fühlt sich nicht sicher. Wer sich in einer verzweiferten Lage befindet und nichts mehr zu verlieren und nichts zu gewinnen hat, kann aber auch zu einem Sicherheitsrisiko für andere werden. Deshalb spielt die Entwicklungszusammenarbeit heute in Zusammenhang mit der Schaffung menschlicher Sicherheit weltweit eine zentrale Rolle.

Dem war nicht immer so: Der Begriff Sicherheit wurde in der aussenpolitischen Diskussion bis vor kurzem praktisch ausschliesslich im militärisch-strategischen Sinn gebraucht: Es ging dabei um die Absicherung der Nationalstaaten gegen die Bedrohung von aussen. Erst das Ende des Kalten Krieges ermöglichte den Blick auf die Sicherheit der einzelnen Staatsbürger. Mit dem Wegfall der bipolaren Weltordnung und dem Zusammenbruch

der Sowjetunion nahm vielerorts die Gefahr interner Konflikte und Gewaltakte zu, der Staat allein konnte künftig nicht mehr als Garant für die Sicherheit seiner Staatsbürger gelten.

Diese neue Politik wurde auch durch den UNO-Sicherheitsrat gestützt, welcher anfangs der neunziger Jahre militärische Interventionen im Irak, in Somalia und in Haiti als humanitären Einsatz zugunsten der dortigen Bevölkerung begründete. Doch die individuelle Sicherheit des Menschen, wie sie damit ins Zentrum rückte, kann nicht allein mit militärischen und polizeilichen Mitteln gewährleistet werden. Sicherheit in diesem Sinn ist viel umfassender zu verstehen – es geht um das Wohlergehen des Individuums. Dabei spielen Faktoren wie Lebenserwartung, Gesundheit oder Zugang zu Bildung und Ressourcen eine wesentliche Rolle. Die Schaffung von Sicherheit in diesem Sinn wird als Prozess verstanden, der die Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen verbessert.

Richtig, als eigenständiges Konzept, durchgesetzt hat sich dieses neue Verständnis von Sicherheit allerdings noch nicht. In der Entwicklungszusammenarbeit wird der Sicherheitsaspekt heute zwar oft mit einbezogen, die meisten Länder und internationalen Institutionen halten sich aber nach wie vor an eine enge Auslegung der «menschlichen



Sicherheit» und versuchen lediglich, diese im Rahmen von Friedensförderung und Konfliktbewältigung in akuten Krisengebieten zu schützen und zu fördern. Von den Industrieländern geht einzig Japan wesentlich weiter, indem es den Anspruch des Menschen auf ein «Leben ohne Mangel und in Würde» mit dem Anspruch auf «Schutz vor Gewalt» gleichsetzt.

Globale menschliche Sicherheit

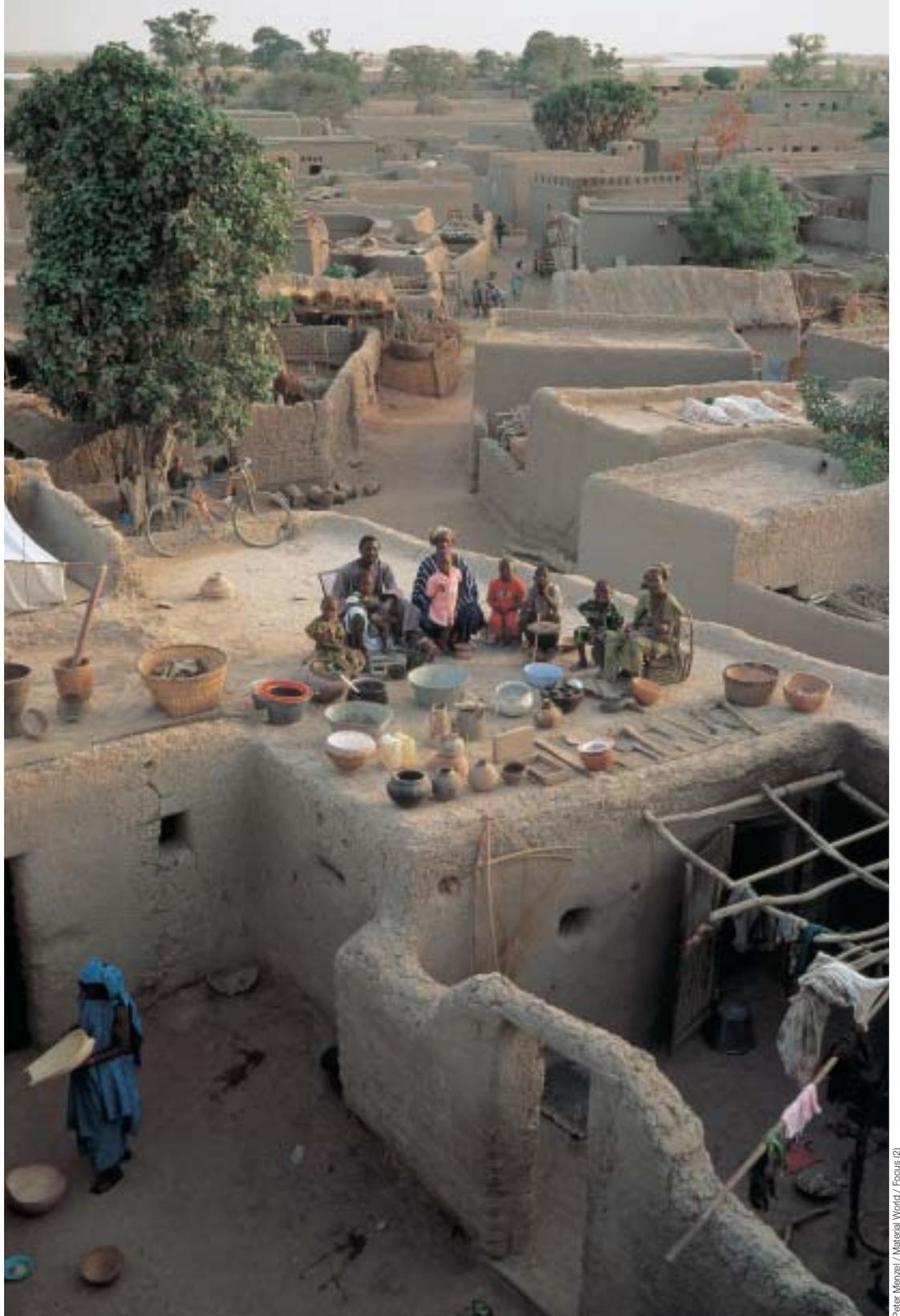
Der prominenteste Verfechter einer Politik, in deren Zentrum die «umfassende menschliche Sicherheit» steht, ist UNO-Generalsekretär Kofi Annan. «Leben ohne Angst, ohne Mangel und im Einklang mit den Bedürfnissen künftiger Generationen», so fasst Annan seine Vision einer friedlichen Welt zusammen und stellt dabei einen direkten Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung und menschlicher Sicherheit her. Obschon die UNO-Millenniums-Deklaration die «menschliche Sicherheit» nicht explizit nennt, orientiert sie sich an dieser Zielsetzung.

Dabei nennt sie sechs grundlegende Werte, auf welche die internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts aufbauen müssten: Freiheit, Gleichheit, Toleranz, Respekt vor der Natur, Solidarität und Teilung der Verantwortung. In die gleiche Richtung zielt der Aktionsplan, welcher im

September 2002 anlässlich des UNO-Weltgipfels über Nachhaltigkeit in Johannesburg verabschiedet wurde. Er weist speziell darauf hin, dass soziale Ungleichheiten in einer Gesellschaft Konflikte hervorrufen können, welche eine nachhaltige Entwicklung behindern. In verschiedenen Punkten wird aufgezeigt, dass der Verbesserung der Lebenssituation der Ärmsten im Hinblick auf künftige globale Sicherheit eine Schlüsselrolle zukommt.

Die Aktivitäten der Schweizerischen Aussenpolitik orientierten sich bis heute eher an einem engen Sicherheitsbegriff, der sich allerdings auf ein breiter gefasstes Sicherheitsverständnis abstützt. In seinen Jahreszielen 2002 wies der Bundesrat zum Beispiel darauf hin, dass es für die Bekämpfung des Terrorismus mehr brauche, als eine Verschärfung des Geldwäschereiartikels, und im Schlussbericht zu Johannesburg steht: «Mit dem Umdenken in Richtung globale menschliche Sicherheit hat sich auch die Sicherheitspolitik der Schweiz gewandelt. Die Verknüpfung der Sicherheitspolitik mit der Migrationspolitik, der Entwicklungspolitik sowie weiteren Politikbereichen ist immer mehr in den Vordergrund getreten.» Die DEZA hat ihren Aufgabenbereich, der sich traditionellerweise mit der Hilfe zur Selbsthilfe für die Ärmsten am Leitbild einer «umfassenden menschlichen Sicher-

«Entwicklungspolitik ist die Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts.»
Willy Brandt, Friedensnobelpreisträger und deutscher Bundeskanzler 1969-1974



Peter Menzel / Materal World / Focus (2)

Familie Soumana Natomo, Kouakourou/Mali, 1994 (oben), 2001 (rechts)

«Die Betrachtung der Verantwortung für die Sicherheit der Menschen und ihrer Globalisierung ist nach den horrenden Terrorakten des 11. September 2001, sogar wichtiger geworden. Menschliche Sicherheit beginnt mit der dringenden Lösung der grossen Weltprobleme, die so oft die Ursache der individuellen und blinden Gewalt bilden.»
Cornelio Sommaruga, ehemaliger IKRK-Präsident, 19. April 2002

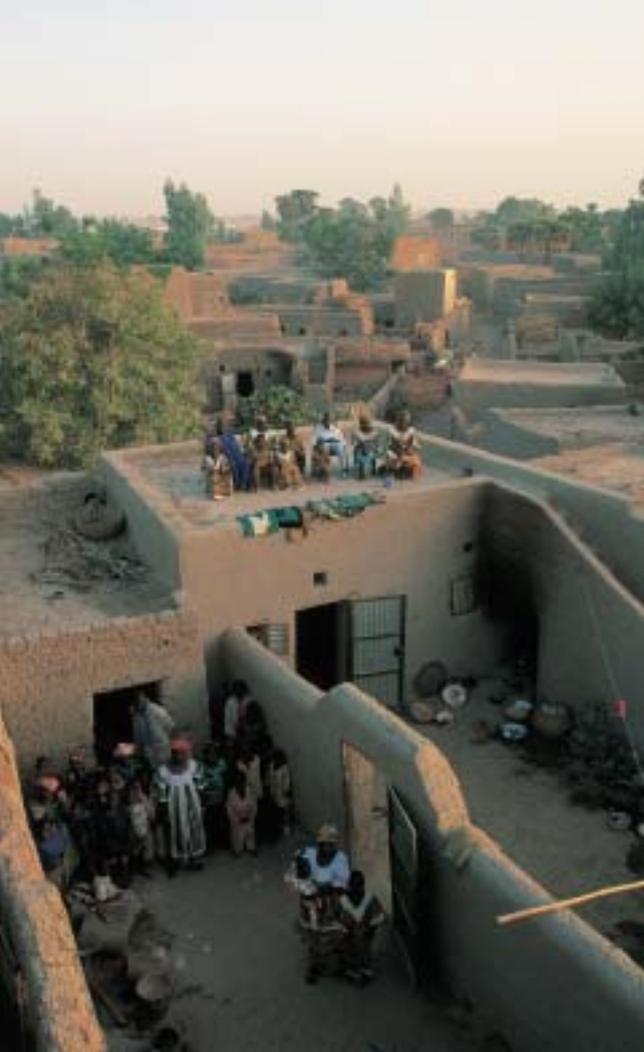
heit» orientiert, in den letzten Jahren in den Bereichen Friedensförderung, Konfliktprävention sowie nachhaltige Wiederaufbauhilfe weiter ausgebaut.

«Zivile Antwort auf den 11. September»

Angesichts der aktuellen politischen Situation, die durch die US-Politik und den proklamierten Krieg gegen den Terrorismus dominiert wird, droht das Thema der menschlichen Sicherheit, die auf einer gerechteren Welt basiert, in den Hintergrund gedrängt zu werden. Zurzeit haben

jene Kräfte Oberwasser, die auf militärische und polizeiliche Strategien setzen.

In diesem rauen politischen Klima setzt die DEZA mit ihrem Jahresthema zur globalen menschlichen Sicherheit bewusst einen Kontrapunkt: «Die Förderung einer umfassenden menschlichen Sicherheit ist die zivile Antwort auf den 11. September; darin kommt einer intensivierten Entwicklungszusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu», begründet Werner Thut, Sektionschef Entwicklungspolitik, die Haltung der DEZA. In einer immer gewalttätigeren Welt sei es wichtig, Wege und Möglich-



keiten einer zivilen Friedenspolitik aufzuzeigen. Werner Thut setzt darauf, dass die umfassende Auslegung des Begriffs «menschliche Sicherheit» in der schweizerischen Aussenpolitik weiter an Boden gewinnen wird. Dies könnte, so Thut, auf internationaler Ebene zu einem neuen Profil des schweizerischen Sicherheitsverständnisses führen, welches in Koalitionen mit gleichgesinnten Ländern zusätzlich an Bedeutung gewinnen würde. Damit liesse sich – dies die Vision – ein Gegengewicht zur militärisch ausgerichteten Macht- und Sicherheitspolitik, wie sie momentan das Weltgeschehen prägt, schaffen. ■

Internationale Bestrebungen

In den letzten Jahren befassten sich vor allem die UNO-Entwicklungsorganisation UNDP und die Organisation für Kultur- und Erziehung UNESCO sowie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD mit Fragen zur Verbesserung der globalen menschlichen Sicherheit. Zudem wurden 1999 zwei Institutionen gegründet, die sich in der Zwischenzeit verschiedentlich zu Themenkreisen, die mit der menschlichen Sicherheit verknüpft sind, geäußert haben:

Human Security Network

Im Netzwerk für menschliche Sicherheit haben sich 13 Staaten, darunter auch die Schweiz, zusammengeschlossen, um Probleme im Zusammenhang mit der menschlichen Sicherheit gezielt anzugehen. Dabei wird Sicherheit in einem engeren Sinn, vor allem in Zusammenhang mit der Bedrohung durch physische Gewalt, verstanden. Anlässlich der ersten Ministerkonferenz wurden folgende Themen festgelegt: Antipersonenminen, Kleinkaliberwaffen, Kinder in bewaffneten Konflikten, internationale Menschenrechte, internationaler Strafgerichtshof, Konfliktprävention, organisierte Kriminalität, Ressourcen für die Entwicklung und Aids. Auf Anregung der Schweiz widme-

te sich die Ministerkonferenz des Netzwerks im Mai 2000 dem Thema Kleinkaliberwaffen und der Rolle von Nichtregierungs-Akteuren, eine weitere Konferenz im Januar 2002 befasste sich mit AIDS.

www.humansecuritynetwork.org

Kommission für menschliche Sicherheit

Die Kommission für menschliche Sicherheit wurde auf Initiative von Japan gegründet und will noch dieses Jahr einen Schlussbericht mit konkretem Aktionsplan vorlegen, der sich mit den grössten Gefahren, welche die globale menschliche Sicherheit bedrohen, befasst. Diesem internationalen Gremium gehören zehn Kommissäre an, präsiert wird es von der ehemaligen Flüchtlingskommissarin Sadako Ogata und vom indischen Nobelpreisträger Amartya Sen. Im Lauf ihrer bisherigen Arbeit hat sich die Kommission vor allem mit Problemgruppen befasst, deren Sicherheit besonders stark bedroht ist: Konfliktopfer, Flüchtlinge, Menschen, die in absoluter Armut leben und von Hunger und Krankheiten bedroht sind.

www.humansecurity-chs.org

Südafrikanisches Wunder mit Nachwirkungen

Südafrika hat es vom Apartheidregime zur gemischtrassigen Demokratie geschafft, ohne dass es zum befürchteten Bürgerkrieg kam. Der Übergang ist ein kleines Wunder, das ohne das Charisma von Nelson Mandela nicht möglich gewesen wäre. Von der Rassendiskriminierung sind die Schwarzen jetzt zwar befreit, sie sind aber nach wie vor Opfer tief greifender sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten. Von Jane-Lise Schneeberger.

Neue Dimensionen

Das 1996 verkündete «Weissbuch über die Verteidigung» definiert die nationale Sicherheitspolitik folgendermassen: «Im neuen Südafrika gilt die Sicherheit nicht mehr als vorwiegend militärisches und polizeiliches Problem. Sie wurde auf politische, wirtschaftliche, soziale und Umweltbereiche ausgedehnt. Priorität bei diesem Vorgehen hat die Sicherheit der Bevölkerung. Die Sicherheit wird so gewährleistet: die Bürgerinnen und Bürger leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit. Sie beteiligen sich an der Regierungstätigkeit. Sie besitzen alle Grundrechte. Sie haben Zugang zu den Ressourcen und zu den lebenswichtigen Gütern. Sie leben in einer Umwelt, die ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen nicht gefährdet. Zu den Zielen der Sicherheitspolitik gehören die Festigung der Demokratie, die soziale Gerechtigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung, eine sichere Umwelt sowie ein wesentlicher Abbau der Kriminalität und der politischen Instabilität.»

Ende der achtziger Jahre bekommt das Apartheidregime Risse. Trotz verstärktem Druck kann der Aufstand in den Townships nicht zerschlagen werden. Und die internationalen Sanktionen isolieren das Land mehr und mehr. Alle Beobachter sagen einen furchtbaren Rassenkonflikt voraus. Präsident Frederik de Klerk muss Zugeständnisse machen und kündigt 1990 die Legalisierung der Oppositionsbewegungen, die Aufhebung der Apartheid und die Freilassung Nelson Mandelas, des Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) an, der seit 27 Jahren im Gefängnis sitzt.

Nelson Mandela steht an der Spitze einer Organisation, welche die Abschaffung der weissen Vorherrschaft anstrebt. Er geht aber lieber den Weg des politischen Kompromisses und der Versöhnung als jenen der Konfrontation. Er ist bereit, mit der weissen Minderheit die Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung, die Bildung einer Übergangsregierung und den Machtübergang auszuhandeln. Die harten und oft stürmischen Verhandlungen dauern drei Jahre. Sie werden von einem Wiederaufflammen der Gewalt zwischen dem ANC und der Zulu-Inkatha-Bewegung begleitet, mörderischen Konfrontationen, die aber auf die KwaZulu und die Vororte östlich von Johannesburg beschränkt bleiben.

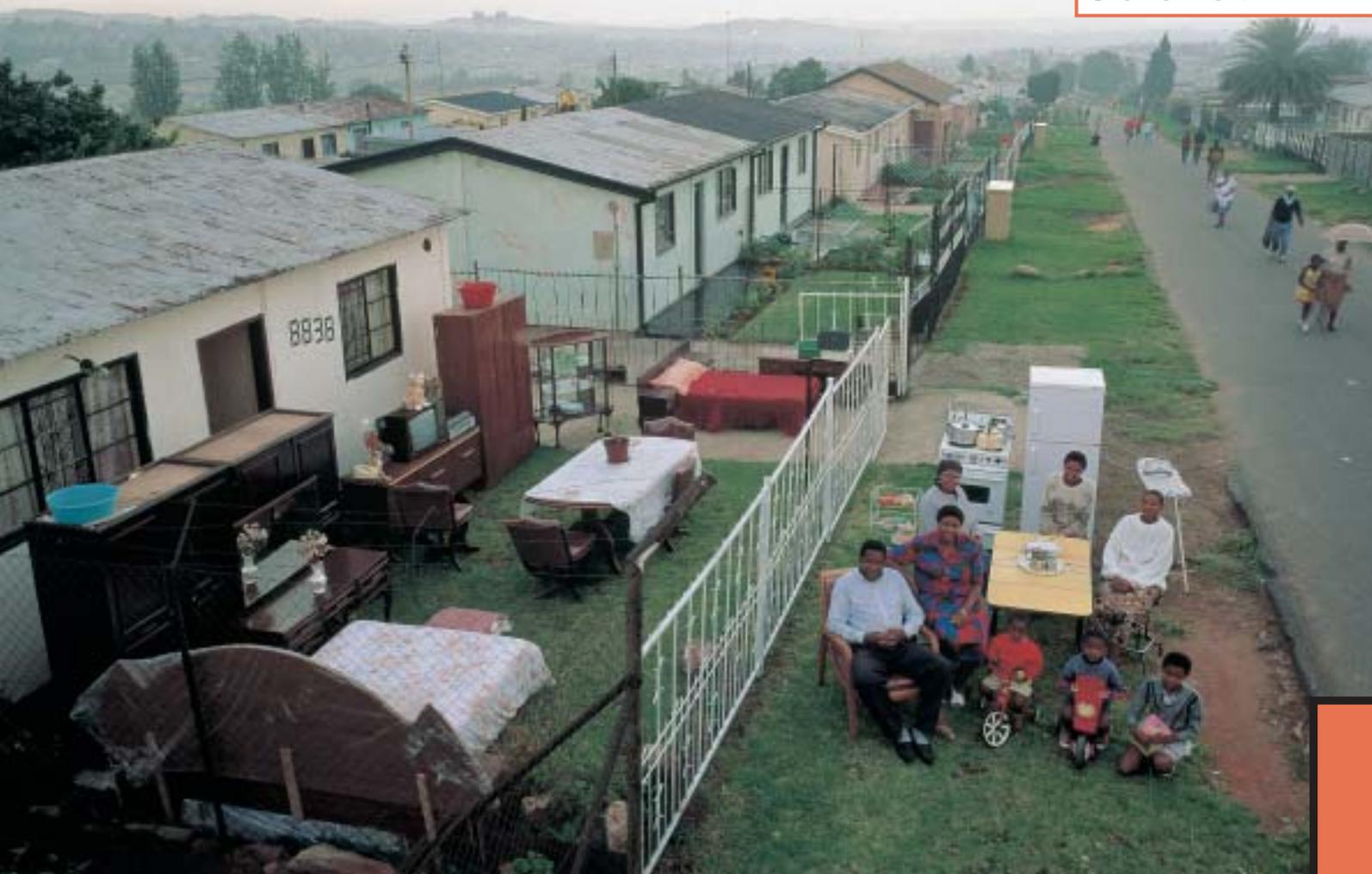
Nach den ersten gemischtrassigen Wahlen im Jahr 1994 kontrolliert der ANC fast zwei Drittel des Parlaments, und Mandela ist Präsident geworden. Ihm vor allem verdankt Südafrika das Wunder die-

ses fast friedlichen Übergangs, wie Paul Graham, Direktor des Instituts für die Demokratie in Südafrika (IDASA) ausführte: «Unter der Führung Nelson Mandelas handelte der ANC besonders besonnen und zeigte eine grosse Reife. Im Übrigen herrschte damals in Südafrika ein starker Wunsch nach Veränderung. Die zahlreichen Akteure der Zivilgesellschaft waren bereit, den Übergangsprozess mit all seinen mühevollen Etappen zu unterstützen.»

Gefahren für die Sicherheit

Es war eine riesige Aufgabe. Als alle Gesetze der Apartheid aufgehoben waren, mussten die rechtlichen und institutionellen Grundlagen für einen Umbau des Staates geschaffen werden. Die 1996 verabschiedete Verfassung gilt als eine der progressivsten der Welt. Sie enthält eine lange Deklaration der Grundrechte, welche nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte garantiert. Alle anderen Gesetze des Landes müssen mit dieser Deklaration übereinstimmen. Mehrere unabhängige Institutionen überwachen die Einhaltung der Demokratie und der Menschenrechte.

Mehrere Bereiche wurden reformiert, zuallererst die Sicherheitskräfte, welche 40 Jahre lang der bewaffnete Arm der Apartheid waren. Das Sicherheitskonzept wurde vollständig neu definiert. Es umfasst nun auch die politische, die wirtschaftliche, die soziale und die Umweltdimension. In



Familie Qampie, Soweto/Südafrika 1994

ihrem «Weissbuch über die Verteidigung» (siehe Randtext) anerkennt die Regierung, dass «die schwerwiegendsten Gefahren für die Sicherheit des südafrikanischen Volks von den sozioökonomischen Problemen und der hohen Kriminalität kommen.»

Es wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Lebensbedingungen der Schwarzen zu verbessern. Aber angesichts der riesigen Probleme, welche die Altlast der Apartheid sind, können sie nur wenig bewirken. In Bereichen wie Gesundheit, Wohnungswesen und Erziehung gibt es nach wie vor grosse Ungleichheiten. Die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsschwelle. Die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit beträgt 37 Prozent und schürt die kriminelle Gewalt. Dazu kommt die erschreckende Verbreitung des HIV-Virus, von dem fast 20 Prozent der Bevölkerung befallen sind.

Schwierige Umsetzung in den Alltag

Im Kooperationsbüro der DEZA in Pretoria weist Remy Duiven darauf hin, dass der Übergang erst vor acht Jahren stattfand: «In dieser Zeit wurden enorme Fortschritte gemacht. Auf institutioneller und gesetzlicher Ebene ist Südafrika vorbildlich. Aber jetzt kommt die schwierige Etappe der Umsetzung. Wie können diese Fortschritte in den

Alltag übertragen werden?» Die DEZA unterstützt in Südafrika den Übergangsprozess vollumfänglich. Sie setzt vor allem auf die gute Regierungsführung, namentlich die Umgestaltung des Justizsystems. So beteiligt sie sich an der Ausarbeitung eines besonderen Verfahrens für jugendliche Straftäter.

Ein weiteres Programm betrifft die Umwandlung eines früher den Weissen vorbehaltenen Berufs, jenem des *Sheriff* oder Zivilgerichtsboten. Im Erziehungswesen bringt die Schweizer Hilfe Verbesserungen beim Unterrichtsmaterial und beim allgemeinen Betrieb einer Gruppe von Schulen in der Provinz Ostkap. Und schliesslich unterstützt die DEZA ein Projekt der Regierung zur Grundstückreform, deren Ziel es ist, Schwarzen Land zurückzugeben, das ihnen unter der Apartheid weggenommen wurde. «Der Zugang zu Justiz, Bildung und Eigentum sind wesentliche Komponenten der menschlichen Sicherheit», betont Remy Duiven. ■

(Aus dem Französischen)

Zugang zu Reichtum

«Im wirtschaftlichen Bereich hat der ANC vollständig auf seine früheren sozialistischen Prinzipien verzichtet, welche die Verstaatlichung der Wirtschaft und die Neuverteilung der Produktionsmittel zum Ziel hatten.

Anfangs der Neunzigerjahre entschloss er sich zu einer neoliberalen Wirtschaft nach dem Modell, welches sich seit dem Fall der Berliner Mauer in der Welt durchsetzt. Diese Wende hat den Übergangsprozess erleichtert, weil der ANC damit für die südafrikanische Finanzmacht zu einem akzeptablen Gesprächspartner wurde(...). Das Problem ist, dass der Neoliberalismus nur für eine Minderheit der Schwarzen, welche heute Zugang zu einer höheren sozialen Klasse haben, zu einer Umverteilung des Reichtums führte. Die grosse Mehrheit der schwarzen Bevölkerung lebt nach wie vor in Armut.» Patrick Harries, Ausserordentlicher Professor für afrikanische Geschichte an der Universität Basel

Plädoyer für einen starken Staat

Schutz vor Gewalt und Kriminalität ist eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung. Denn ohne ein Gefühl von Sicherheit werden Arme nicht in ihre Entwicklung investieren. Weshalb die Sicherheit durch ein gestärktes staatliches Gewaltmonopol gewährleistet werden soll, erklärt der frühere deutsche Entwicklungsminister Erhard Eppler im Gespräch mit Maria Roselli.



Daniel Biskup / laif

Erhard Eppler, geboren 1926 in Ulm, ist ehemaliger Deutscher Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1968-74). Er leitete u.a. die Grundwertekommission der SPD (1973-92) und präsidierte den Deutschen Evangelischen Kirchenbund.



Familie Demirovic, Sarajevo/Bosnien-Herzegowina 2001

Eine Welt: In Ihrem Buch «Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt» gehen Sie das Thema Sicherheit nach den Anschlägen vom 11. September unter einer neuen Perspektive an und plädieren für die Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols. Braucht es in Entwicklungsländern wirklich primär mehr Polizei und Militär?

Erhard Eppler: Länder, in denen der Staat sich auflöst und die Gewalt sich privatisiert und kommerzialisiert wird, können auch Projekte der Entwicklungshilfe nicht schützen. Niemand investiert in einem Land, wenn er nicht weiss, wann die Fabrik angezündet oder geplündert wird. Daher gilt es, alle Institutionen zu stärken, die dem Chaos im Wege stehen. Das können Institutionen der

Wirtschaft, der Zivilgesellschaft aber auch solche des Staates sein: Verwaltung, Justiz, Polizei, Parteien. Wo, wie in den meisten Ländern Schwarzafrikas, die Gehälter von Beamten und Polizei ohne Einnahmen aus Korruption nicht reichen, um eine Familie zu ernähren, kann sogar streng gebundene Budgethilfe sinnvoll sein. Wo miserabel bezahlte Polizei Verbrecher einfach gewähren lässt, wie in Nigeria und anderen Staaten Westafrikas, muss in die Reform, Ausbildung und Bezahlung der Polizei investiert werden.

Weshalb manifestiert sich privatisierte Gewalt, zwar nicht ausschliesslich aber vor allem, in ärmeren Ländern?

Privatisierte Gewalt ist überall im Vormarsch, nur äussert sich dies verschieden. Was sie auslöst, ist



Familie Costa, Havanna/Kuba 2001

nicht die Armut, sondern die Kluft zwischen Arm und Reich. Wo in den Slums der grossen Städte kriminelle Banden die Polizei verdrängen, mauern sich die reichen in Gated Communities ein. Das Gewaltmonopol des Staates erodiert von unten und von oben her, und niemand kann sagen, wo das endet. In vielen armen Ländern ist der Staat schon immer schwach auf der Brust gewesen. Dort kann eine Politik, die meint, die Märkte funktionieren um so besser, je schwächer der Staat sei, zur totalen Privatisierung der Gewalt und damit zum Ende des Staates führen.

Was können Industrieländer zur Bekämpfung privatisierter Gewalt beitragen, ohne gleich auf Bomben mit Bomben zu antworten und welchen Stellenwert nimmt dabei die Entwicklungszusammenarbeit ein?

Die Industrieländer tun gut daran, sich erst einmal selbst zu prüfen. Man kann nicht in Asien oder Afrika gegen privatisierte Gewalt kämpfen und im eigenen Land zusehen, wie die Sicherheit immer mehr zu einer Ware wird, die sich nur einige wenige leisten können. Wo einmal, wie in Kalifornien, auf einen Polizisten vier Angestellte privater Sicherheitsfirmen kommen, ist die Privatisierung der Sicherheit schon weit gediehen. Aber auch in Europa haben wir Grund, nicht nur nach aussen zu blicken.

Wo die staatlichen Strukturen praktisch zerstört sind, dauert es sehr lange, sie wieder herzustellen. Was tun die deutschen Soldaten in Afghanistan? Sie leisten Polizeidienst und bilden gleichzeitig eine neue afghanische Polizei aus. Ich fürchte, es wird immer wieder Gebiete geben, in denen eine – von der UNO legitimierte – internationale Truppe den Kern einer Staatsbildung schützen muss, damit im Laufe vieler Jahre eine verlässliche Rechtsordnung aufgebaut werden kann. Bomben sind meist Teil einer asymmetrischen Kriegs-

führung, bei denen die Überlegenen keine Risiken eingehen wollen. Asymmetrische Kriege befördern die Privatisierung der Gewalt und ihre gefährlichste Form, den Terror.

Soll die Entwicklungszusammenarbeit künftig mehr auf die Stärkung des Staates setzen, und wie soll das angegangen werden?

Wo der Staat selbst zur Beute krimineller Banden geworden ist, macht dies keinen Sinn. Es hat keinen Sinn beispielsweise den Staat in Liberia zu stützen. Ein Staat kann sich nur behaupten und seine Funktion erfüllen, wenn er von der Mehrheit als legitim und hilfreich angesehen wird. Wo er dies ist, verdient er Förderung. Die deutsche Stiftung für Entwicklungsländer hat eine Ausbildungsstätte für Verwaltungsbeamte in Berlin. Wer eine Polizei aufbauen will, muss die Polizisten so ausbilden, dass sie wissen, was ihre Rechte und Pflichten sind. Ich könnte mir durchaus eine europäische, von der EU betriebene Polizeischule für Entwicklungsländer vorstellen.

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit setzt auch weiterhin auf Armutsreduktion und soziale Sicherheit als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Tut sie gut daran?

Natürlich tut sie gut daran. Aber Armutsbekämpfung und soziale Sicherung sind nur da möglich, wo es ein Mindestmass an Rechtssicherheit gibt. Erst wenn die Warlords das Recht des Stärkeren exekutieren, ist das Elend der Armen vollkommen. Dann tritt auch das exakte Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung ein: Die Soldateska lebt von der Hand in den Mund, indem sie plündert, raubt, schmuggelt, erpresst. Dann ist es oft nicht einmal mehr möglich, das Saatgut für das nächste Jahr zu retten. ■

Private Kriegsherren

«Dass seit dem 11. September 2001 nichts mehr so wäre wie zuvor, lässt sich bezweifeln. Aber wir ahnen, dass die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts von der Antwort geprägt sein könnten, die wir auf die neue Dimension des Terrors finden. Das Gewaltmonopol des Staates ist eine unschätzbare zivilisatorische Errungenschaft – aber genau dieses Gewaltmonopol wird inzwischen ausgehöhlt durch die Privatisierung der Gewalt. In einigen Teilen der Welt haben wir es heute nämlich mit privaten Kriegsherren zu tun, die Unternehmer, illegaler Händler, Kommandeur und Lokaldictator in einem sind. Der Terrorist Osama Bin Laden ist nicht das apokalyptische Tier aus dem Abgrund, sondern einer dieser Kriegsherren, allerdings einer, der weltweit zuschlagen kann: der Chef eines multinationalen Gewaltunternehmens. Was könnte es bedeuten, wenn wir, statt den ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ zu proklamieren, den Terror als die – für uns – gefährlichste Form privatisierter und kommerzialisierter Gewalt begreifen und bekämpfen?»
*Auszug aus dem Vorwort
 «Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?» von Erhard Eppler; Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main 2002*



Der fehlende Mut zur Demokratie

Auch fünf Jahrzehnte nach seiner Gründung leidet Pakistan unter chronischer politischer Instabilität. Die Angst vor dem übermächtigen Nachbarn Indien legitimiert eine beherrschende Rolle der Armee, in deren Schatten die Vielstimmigkeit und das Chaos einer Demokratie keine Wachstumschancen haben. Doch insbesondere Frauen rütteln in letzter Zeit an lähmenden Strukturen. Von Bernard Imhasly*.

Die Alhambra-Galerie in Lahore zeigte kürzlich die Arbeit einiger junger Künstler, die mit der Formensprache klassischer indischer Miniaturmaler moderne Sujets gestalteten. Einer von ihnen malte Frauengestalten im Stil höfischer Damen am Hof der Moguln. Sie waren tief ver mummt, doch ihre Schleier waren durchsichtig und liessen den nackten Körper darunter erkennen. Die Ausstellung war ein grosser Erfolg, und bei der Vernissage drängten sich die Besucher, darunter viele junge, elegant gekleidete Frauen, um die Bilder.

Einige Wochen später hielt ein Politiker eine Rede vor Studentinnen und dem weiblichen Lehrpersonal der Universität von Peshawar. Die meisten Frauen trugen eine Burqa, dennoch hatte der Sprecher darauf beharrt, zwischen dem Rednerpult und seinen Zuhörerinnen einen schweren Vorhang aufziehen zu lassen. Er fürchtete, dass sein Blick auf Frauen treffen könnte, die möglicherweise nicht völlig verschleiert waren.

Zwei Verhaltensweisen, die Jahrhunderte – oder Kontinente –

auseinander liegen. Dennoch stammen sie aus dem gleichen Land, aus der gleichen Zeit: Pakistan im Jahr 2002. Das lokale und zeitliche – und offenbar friedliche – Nebeneinander von derart polaren sozialen Ausdrucksformen verdankt sich zwei Umständen. Zum Einen ist es die Globalisierung, die westliche Einstellungen, Verhaltensformen und Güter in die Fernsehkanäle, Beauty Salons und Cyber-Cafés jedes Entwicklungslandes schleusen. Dessen Armut stellt aber gleichzeitig sicher, dass die Verlockungen der Modernität zwar überall sichtbar, aber nur einer kleinen Schicht zugänglich sind.

Rebellierende Frauen

Der zweite Grund für das friedliche Nebeneinander ist die traditionelle Toleranz der südasiatischen Zivilisation, die sich seit Jahrtausenden von fremden Einflüssen ernährt hat und mit dem Nebeneinander von Religionen, von Reich und Arm, von Neu und Alt umzugehen weiss.



Michael Aegerter / Lookat

Doch weiss sie dies, im Fall von Pakistan, immer noch? Und ist es immer noch ein friedliches Nebeneinander? Die Frauenorganisation «Shirkat Gah» berichtet, dass im Jahr 2000 von weltweit 5000 sogenannten «Ehrentötungen» 1000 in Pakistan ausgeführt wurden. In diesen «Karo Kari» werden Jahr

Gliedmassen, misslungene Suizidversuche. Gleichzeitig ist jedes dieser Opfer ein Zeichen der Hoffnung, dass Frauen eine patriarchalische und religiös legitimierte Rollenteilung nicht mehr akzeptieren und bereit sind, dagegen zu rebellieren. Dasselbe gilt für Organisationen wie «Shirkat Gah»,



Judith Bieber / Network / Lookat



Shirazad Noonani / Still Pictures



John Isaac / Still Pictures

für Jahr Frauen und Mädchen von ihren eigenen Angehörigen ermordet, weil sie es wagen, einen Mann ihrer Wahl zu heiraten, ein Studium ihrer Wahl zu beginnen, oder eine Scheidungsklage einzureichen. Der Sprachgebrauch verrät, dass das Nebeneinander auch zusammenprallen kann, wenn archaische Ehrvorstellungen von Familie und Clan mit dem modernen Rechtsgefühl eines Individuums kollidieren. Besuche in den Frauenabteilungen der Spitäler bestätigen diesen Befund. Ein grosser Teil der Patientinnen sind Opfer häuslicher Gewalt, Verbrennungen, Ätzwunden, gebrochene

die solche Praktiken an den Tag bringen, Rechtsbeistand leisten oder in den grossen Städten den Frauen Schutzheime bieten. Der Kampf zur Wiederherstellung der Demokratie Ende der Achtzigerjahre wurde im wesentlichen von Frauenorganisationen geleistet, die den Mut hatten, trotz Öffentlichkeitsverbot und Verschleierungsgebot auf die Strasse zu gehen und gegen das Militärregime zu protestieren. Die Frauen, die heute führende Politikerinnen oder Unternehmerinnen, Anwältinnen oder Publizistinnen sind, gingen alle durch das Feuer der Protestbewegung der Achtzigerjahre.



Bernard Descamps / Agence Vu

Das Ding im Alltag Dupatta

Es ist ein simples Stück Tuch, unbeschnitten und ungenäht. Meist ist es auch unbedruckt und ohne Musterung. Dennoch ist die Dupatta das beliebteste und in Pakistan allgegenwärtige Kleidungsstück der Frauen und Mädchen. Es wird meistens mit dem Salwar Kameez getragen, dem charakteristischen Kleid muslimischer Frauen, bestehend aus einem eng anliegenden Beinkleid und einem langen Hemd, das bis zu den Fersen reichen kann. Die Dupatta ist das Tuch, das über Kopf und Schultern fällt.

Alle Länder des Subkontinents stehen in diesem doppelten Spannungsfeld von Arm und Reich, Tradition und Modernität, Patriarchat und Gleichberechtigung. Doch in Pakistan ist es stärker geladen, weil das Land in den fünfzig Jahren seiner Existenz kaum gesellschaftliche Ventile geschaffen hat, um es zu entschärfen. Solche Ventile könnten politischer Art sein (z.B. Demokratie), könnten sich als wirtschaftliches Programm artikulieren oder könnten im positiven Selbstbild einer Nation oder eines Staates wirksam werden, in der sich eine Gesellschaft spiegeln, bestätigen und in Frage stellen kann.

Armee überschattet alles

Doch keines dieser politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ventile hat sich in Pakistan voll ausgebildet. Dies ist in erster Linie der turbulenten Entstehung und Geschichte dieses Landes anzulasten, die es ihm nicht erlaubten, eine staatliche Stabilität zu entwickeln, innerhalb welcher die gesellschaftlichen Widersprüche ausgefochten und gelöst werden konnten (siehe «Aus der Geschichte»).

In den 55 Jahren seiner Geschichte ist es Pakistan nicht gelungen, die Widersprüche in drei zentralen Bereichen in ein Gleichgewicht zu bringen: Es war der Gegensatz zwischen Autoritarismus und Demokratie, zwischen islamischer Staatsideologie und ethnischer Autonomie, und zwischen Feudalismus und Moderne. Die Angst vor dem Nachbarn Indien legitimierte eine beherrschende Rolle der

Regionale ethnische Autonomieströmungen wurden genauso wie demokratische Vielfalt als Schwächung der Nation empfunden; sie mussten im Namen des einigenden Bandes – der islamischen Staatsideologie – bekämpft werden. Der Verlust des bangalischen Ost-Pakistan war die Folge, ebenso wie die ständigen Absetzbewegungen in den Provinzen Sindh, Baluchistan und der Nordwest-Provinz.

Verhängnisvoller war die Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die neue Elite – Politiker, Offiziere und Beamten, die Jinnah ins Gelobte Land gefolgt waren – arrangierte sich mit der traditionellen Elite der Grossgrundbesitzer. Zur Erhaltung feudaler Abhängigkeiten wurden Landreformen ebenso sabotiert wie Bildungsprogramme oder basisdemokratische Gruppenbildungen.

Fehlender Unternehmergeist

In einem Land, in dem die Landwirtschaft bis heute das ökonomische Fundament bleibt, wirkte sich dies fatal aus. Die Beibehaltung grossflächiger Monokulturen – namentlich von Baumwolle – erlaubte zwar einen effizienten Anbau, doch verhinderte der fehlende Unternehmergeist der Landbesitzer die Herausbildung einer modernen Agroindustrie. Die Landbesitzer verhinderten auch eine soziale Mobilisierung der Bauern, von denen viele in ihrem Dienst standen – als Landarbeiter Pächter, und nicht selten als Leibeigene. Die tiefe Bildungsrate des Landes ist ebenso auf diese Praktiken zurückzuführen wie das Fehlen einer eigenständigen



Hahn / laif



recothy / laif



Armee, in deren Schatten die Vielstimmigkeit und das Chaos einer Demokratie keine Wachstumschancen hatten. Immer wenn die Streitereien zwischen demokratischen Politikern ausser Rand gerieten, griff die Armee im Interesse der «nationalen Sicherheit» ein.

Dieses fehlende demokratische «Empowerment» verursachte eine chronische politische Instabilität, welche die Militärherrscher durch Zementierung der islamischen Staatsideologie aufzufangen suchten. Diese blockierte aber ihrerseits ein weiteres Ventil für die Artikulation politischer Aspirationen.

gen Industrie – Pakistan ist bis heute ein Exportland von landwirtschaftlichen Grundgütern und ein Importland von Industriewaren geblieben. ■

* Bernard Imhasly ist Asien-Korrespondent der NZZ mit Sitz in Neu Delhi, Indien

Pakistan und die Schweiz: Kleinbetriebe, Bildung und Management

(bf) Das Verhältnis zwischen Pakistan und der Schweiz beruht seit jeher auf guten Handels- und politischen Beziehungen. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit ist seit über 30 Jahren in Pakistan tätig, 1977 eröffnete die DEZA in Islamabad ein Kooperationsbüro. Zu Beginn der Zusammenarbeit konzentrierte sich das Länderprogramm vor allem auf Landwirtschafts-, Forst- und Gemeindeentwicklungs-Projekte. Nachdem Pakistan im Mai 1998 Atomtests durchgeführt hatte, plafonierte der Bundesrat das jährliche Budget auf 15 Millionen Franken. Quer durch das aktuelle Programm, welches sich geografisch auf den Nordwesten (North West Frontier Province) Pakistans konzentriert, werden dabei Dezentralisierung und Empowerment (Entwicklung der menschlichen und institutionellen Kapazitäten) unterstützt. Das Schwergewicht liegt in folgenden drei Bereichen:

Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU): Mit verschiedenen Projekten werden vorab die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und mit Verbänden gefördert, die Vernetzung zwischen Dienstleistungsbetrieben im privaten und öffentlichen Sektor unterstützt sowie die organisa-

torischen Kapazitäten von KMUs durch Ausbildungsmöglichkeiten gestärkt.

Menschenrechte und informelle Bildung: In Pakistan sind vorab Frauen, Kinder und Minderheiten rechtlich vernachlässigt. 1997 startete ein schweizerisch-pakistanischer Menschenrechts-Dialog mit dem Ziel, Vertrauen zu schaffen um ein gemeinsames Programm auf die Beine zu stellen. Gleichzeitig zielt ein gemeinsam mit der UNICEF durchgeführtes Projekt darauf ab, die Kinderrechte – im speziellen diejenigen von Mädchen – zu stärken sowie die Stellung der Frauen mit Bildungsangeboten zu verbessern.

Management der natürlichen Ressourcen und Umwelt: Die von der DEZA unterstützten Programme betreffen die Bereiche Wald, Landwirtschaft, Land- und Bodenbewirtschaftung. Sie zielen auf die Verbesserung der Forstwirtschaft, der Waldbewirtschaftung, der Ernteerträge sowie der Landwirtschaftsbewässerung. Im Umweltbereich steht der Einbezug dieser Anliegen in der Planung im Vordergrund.

Aus der Geschichte

Die Entstehung Pakistans ist nicht das Produkt eines langen historischen Kampfes, in der die Idee einer Nation allmählich Gestalt angenommen hätte. Sie verdankt sich einem Mann und dem strategischen Kalkül einer Kolonialmacht.

Der Politiker Mohammed Ali Jinnah, ein Anwalt aus Bombay, Freund und Rivale Gandhis und Nehrus, konnte seine persönlichen Ambitionen in der indischen Unabhängigkeitsbewegung nicht verwirklichen. Er machte sich zum Anwalt der Muslime und der Idee einer separaten staatlichen Heimat für sie. Für die Kolonialmacht Grossbritannien war es eine Gelegenheit, vor ihrem Rückzug aus Indien das undankbare «Kronjuwel» durch dessen Aufspaltung zu bestrafen und sich mit dem neuen Staat Pakistan einen Bündnispartner zu sichern.

Seit seiner Entstehung am 14.8.1947 ist die Zurückweisung von – und die Furcht vor – Indien die Raison d'être der pakistanischen Existenz. Die offizielle Legitimation seiner separaten Existenz als «Heimat der Muslime» stand von Anfang auf schwachen Füßen. Die Angst, vom grossen Nachbarn wieder aufgesogen zu werden, erhöhte die Akzeptanz für die Armee, welche den Staat seit Anfang offen oder indirekt kontrolliert.

Pakistan hat mit Indien zwischen 1947 und 1971

drei Kriege geführt und verloren. Dies führte jedoch nicht zu einer Diskreditierung oder Redimensionierung der Armee, sondern im Gegenteil zu einer Aufrüstung zu einer der grössten Armeen der Welt. Messpunkt war und bleibt in allen Fällen der indische Nachbar, trotz der ungleich grösseren Belastung für eine Wirtschaft, die zehnmal kleiner ist. Auch die indischen Nuklearversuche im Mai 1998 wurden zwei Wochen später durch pakistanische Atomtests beantwortet. Ein Jahr später standen sich die beiden Armeen im westlichen Himalaya wiederum bedrohend gegenüber. Dank internationalem Druck konnte ein lokaler Grenzkrieg verhindert werden.

Diese letzte Niederlage Pakistans brachte, nach einem Jahrzehnt demokratischer Experimente, ein weiteres Mal die Militärs ans Ruder. General Pervez Musharraf liess sich zum Präsidenten ausrufen, und mit eigenmächtigen Verfassungsänderungen stellte er sicher, dass die versprochene Rückkehr zur Demokratie keine Rückkehr in die Kasernen nach sich zog. Er kann dabei von der Nachsichtigkeit der USA profitieren, für welche ein autoritär geführter Staat eine bessere Kooperation im Kampf gegen die Taliban und Al-Kaida verspricht als eine schwache Demokratie.

Zahlen und Fakten

Name

Islamische Republik Pakistan

Hauptstadt

Politische Hauptstadt: Islamabad
Wirtschaftsmetropole: Karachi
Kulturmetropole: Lahore

Fläche

803 940 km²

Bevölkerung

147 Millionen

Ethnien

Punjabis (58 %)
Sindhis (12 %)
Paschtunen (8 %)
Baluchen (3 %)
Versch. Bergstämme

Religion

95% der Bevölkerung sind Moslems.
Christen, Hindus und Parsen bilden winzige Minderheiten.

Sprachen

Urdu (Nationalsprache),
Sindhi, Baluchi, Pashtu

Währung

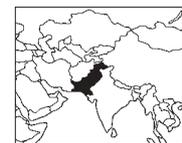
Pakistanische Rupie

Rohstoffe

Wasser, Erdgas, Uran,
Titan, Mangan, Eisenerz

Wichtigste Exportgüter

Textilien, Reis, Zuckerrohr,
Gemüse



Eine giftige Geschichte



Hashim Abro, 32, aus Islamabad bezeichnet sich selber als «Poet, polyglott und zudem ein Chemie-Ingenieur, der zu den Medien überlief». Heute arbeitet er sowohl für Presseerzeugnisse als auch für das Fernsehen. Er berichtet vorab über Umwelt-, Gesundheits- und Hygienethemen sowie über Politik.

Es müsste alle aufwecken – die Regierung, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Organisationen der Zivilgesellschaft. Giftige Abwässer in der grössten Stadt Pakistans, Karachi, sind praktisch überall zu finden. So erlitten drei zehnjährige Knaben Verbrennungen dritten Grades, als sie in einem Vorort Karachis in einem Teich spielten. Das Wasser enthielt Giftmüll.

Laut Ärzten werden die Knaben wohl ihre Beine verlieren wegen der Verbrennungen, die von einer starken Schwefelsäure im Teich verursacht wurden, wie die Zeitung Daily Dawn in ihrem Editorial «Toxic effluent tragedy» schrieb. Der Tragödie war eine Warnung der pakistanischen Umweltschutzbehörde (EPA) vorangegangen, wonach das meiste in Pakistan gelagerte Pestizid das Verfallsdatum überschritten hat und zu Giftmüll geworden ist.

Laut EPA sind 2000 Tonnen hochgiftiger Pestizide im ganzen Land eine grosse Gefahr für die Bevölkerung. Diese Pestizide haben einen hohen Giftigkeitsgrad, viele davon sind wegen des grossen Gesundheitsrisikos weltweit verboten. Sie waren vor vierzig Jahren vom Landwirtschaftsministerium eingeführt worden, wurden in den Pflanzenschutzfabriken gelagert und sollten auf die Felder gesprüht werden. Viele davon begannen im Verlauf der Jahre in die Umgebung auszulaufen und, da sie giftig und ätzend sind, diese schwerwiegend zu verseuchen.

Ein typisches Beispiel ist Malir, das Zentrum von Karachi, wo sich wegen der grossen Mengen von 50-Gallonenfässern mit Pestiziden eine der «welt-

weit schlimmsten Giftmüllhalden» befinden soll. Die Fässer wurden vor 25 Jahren dort abgeladen. Einige der abgelassenen Pestizide sind äusserst gefährlich. Eines davon ist Kelthan, ein starkes Nervengas aus der Familie der DDT. Kelthan wird für viele Krebsarten und Geburtsschäden verantwortlich gemacht.

Das Ganze begann, kurz nachdem General Ayub Khan 1958 mit einem Putsch die Macht im Land übernommen hatte. Die Pestizide kamen Ende der Fünfzigerjahre aus den USA nach Pakistan. Pakistan war nicht das einzige Land, das auf amerikanische Pestizide baute. Viele andere Entwicklungsländer wurden von internationalen Hilfsagenturen, Pestizidherstellern und den USA dazu gedrängt, sich der «Grünen Revolution» anzuschliessen, welche dank intensiver Landwirtschaft mit chemischen Hilfsmitteln Selbstversorgung versprach.

1999 kam eine eher vorsichtige Studie zum Schluss, dass es 300 dieser offiziell «Lager» genannten Abfallhalden mit 2000 Tonnen abgelaufener Pestizide gibt. Laut der Studie ist Pakistan nicht in der Lage, das gravierende Giftproblem selber zu lösen und die Pestizide zu entsorgen. Es ist schon schwer genug für das Land, mit dem normalem Abfall fertig zu werden. Der wird meist einfach im Freien liegen gelassen oder ins Wasser geworfen. Die Industrie kümmert sich keinen Deut um Umweltschutz. Die EPA dagegen, welche die Warnungen aussprach, kommt unter Beschuss, weil es ihr nicht gelingt, der Katastrophe Herr zu werden. «Es gibt nur einen logischen Schluss: die Behörden, welche die Haushalt- und Chemieabwässer, die Abfallentsorgung und die allgemeine Umweltverschmutzung kontrollieren sollten, tun ihre Arbeit nicht. Nicht nur Bürgerorganisationen, auch Umweltstellen, welche dies laut dem Umweltschutzgesetz von 1997 überwachen und Präventions- und Strafmassnahmen ergreifen sollten, nehmen das Problem nicht ernst», so der Kommentar in Dawn.

Einer der angesehensten lokalen Schriftsteller gibt die Pestizidgifttragödie in wenigen Worten wieder: «Ich sah Kinder, die auf eine ganz neue Art Fische fingen: sie warfen Pestizide in den Teich. Wenn die toten Fische an die Oberfläche kamen, brachten die Kinder sie ihrer Mutter zum Kochen!» ■

(Aus dem Englischen)





Wenn alle am gleichen Strick ziehen

Das System der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist ein komplexes Gebilde. Zu ihm zählen die einzelnen Staaten mit ihren offiziellen Entwicklungsorganisationen – im Falle der Schweiz die DEZA und das seco – die UNO-Organisationen und -Programme, die Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds), Nichtregierungsorganisationen (NGO's), der Entwicklungsausschuss der OECD, internationale Hilfsorganisationen wie das IKRK und die Föderation der nationalen Rotkreuzgesellschaften, die Privatwirtschaft und wissenschaftliche Institute sowie eine Vielzahl privater Stiftungen.

Bei dieser Vielfalt ist es kein Wunder, dass die Koordination unter den Gebern, die Festlegung von Methoden und Ansätzen unter den Institutionen ein grosses Thema ist, und dass das Plädoyer für eine verbesserte Abstimmung der Einsätze als «Dauerbrenner» zu bezeichnen ist. Kein Wunder auch, dass die Frage der Wirkung des Mitteleinsatzes bei begrenzten Ressourcen einer ständigen Verbesserung bedarf.

Angesichts der aktuellen und kommenden globalen Herausforderungen verlangt ein funktionierendes System hohe Effizienz und Effektivität. In dieser Situation ist ein Wettbewerb an Ideen und ein Einsatz für bessere Wirkung gefragt – und nicht ein Verdrängungskampf. Dies bedingt, dass sich die verschiedenen Akteure auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, ansonsten führen Überlappungen und Doppelspurigkeiten zu unnötigen Reibungsverlusten, die wiederum Kosten und nicht Wirkung zur Folge haben. Das System der Entwicklungszusammenarbeit darf auch nicht Selbstzweck sein: Die Akteure müssen Leistungen erbringen, welche auf die Bedürfnisse der «Kunden» ausgerichtet sind und dürfen nicht der Selbstverwirklichung dienen.

Entscheidend ist schliesslich, dass Entwicklungszusammenarbeit Hilfe zur Selbsthilfe bezweckt,

dass die Partner ihre Entwicklungsabsichten selbst gestalten können und Eigenverantwortung übernehmen. Sie sind auf einen partnerschaftlichen Ansatz angewiesen und müssen sich auf die Partner, die sie unterstützen, verlassen können. Bei der Koordination und gegenseitigen Abstimmung in der Entwicklungszusammenarbeit wurden in den letzten Jahren zwar grosse Fortschritte erzielt. Prinzipien und Richtlinien wurden konsequent auf fundierte Analysen abgestützt. Die Erkenntnisse müssen nun aber umgesetzt werden und da bleibt noch viel zu tun. Taten, nicht Worte und Bekenntnisse sind gefragt. Die Taten müssen an der Wirkung und nicht an den Kriterien des medialen Interesses gemessen werden.

Im Rahmen des OECD-Entwicklungsausschusses arbeitet die Schweiz aktiv in einer «Task Force on Donor Practices» mit, Prozeduren zu harmonisieren und zu vereinfachen und andere Akteure für die Befolgung ähnlicher Ansätze und Instrumente zu gewinnen. Dies können wir tun, weil wir unsere eigenen Erfahrungen ausgewertet und Know-how erworben haben. Der Zugang zu Wissen muss offen sein. Wissen muss geteilt und Erfahrungen müssen genutzt werden. Alle Partner des internationalen Systems sind gefordert, den Einsatz öffentlicher wie privater Mittel noch wirkungsvoller zu gestalten. Dazu braucht es das klare Bekenntnis dafür, dass die gesetzten Ziele im Vordergrund stehen und nicht kurzfristige Interessenpolitik mit «versteckter Agenda». Die Herausforderungen der Zukunft sind schlicht zu gross, als dass hier Kompromisse gemacht werden dürften. Die Schweiz hat sich daher am «High Level Forum on Harmonization» von OECD und Weltbank vom 24. und 25. Februar in Rom über die Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit engagiert. ■

Walter Fust
Direktor der DEZA

Bratislava – Zentrum für atomare

Letztes Jahr wurde in Bratislava ein Kompetenzzentrum für die Sicherheit der Kernkraftwerke in Osteuropa eröffnet. Von der Schweiz unterstützt hat es zum Ziel, die nationalen Behörden zu stärken, welche für die Überwachung des Betriebs in den Kernkraftwerken zuständig sind. Ein Teil dieser Kraftwerke sowjetischer Bauart weisen Planungsfehler auf.



Laurent Stoop / Lookat (2)

Der Nuklearkamp Osteuropas

Zur Zeit sind in den Ländern Mittel- und Osteuropas 65 Kernkraftwerke sowjetischer Bauart in Betrieb. Sie bauen auf zwei Technologien auf, den RBMK-Siedewasserreaktoren und den VVER-Druckwasserreaktoren, einer Unterversion, welche im Verlauf der Jahre in mehreren Versionen gebaut wurde. Laut den westlichen Fachleuten erfüllen einige dieser Einrichtungen die international anerkannten Sicherheitsnormen nicht. Das sind vor allem die RBMK-Reaktoren, von denen zur Zeit noch 14 in Betrieb sind, und die erste Generation von VVER-Reaktoren. Bei diesen beiden Reaktortypen fehlen namentlich die Abschirmungswände, eine Betonummantelung, welche bei einem Schmelzen des Reaktors das Ausströmen von Radioaktivität verhindert.

(jls) 1986 brachte der Unfall von Tschernobyl schonungslos die schweren Mängel bestimmter Kernkraftwerke sowjetischer Bauart und deren Gefahr für den ganzen Kontinent zu Tage. Doch erst nach dem Fall der Berliner Mauer lieferten die Länder Osteuropas den Experten die nötigen Informationen über diesen besonders heiklen Bereich. 1991 begann die internationale Gemeinschaft diesen Ländern zu helfen, ihren Grad an nuklearer Sicherheit zu verbessern.

Bei den Bemühungen geht es nicht nur um die Modernisierung der Reaktoren, sondern auch um die Stärkung der nationalen Organe, welche für eine unabhängige Überwachung des Betriebs in den Kernkraftwerken zuständig sind. Diese Sicherheitsbehörden haben wegen fehlender finanzieller und personeller Mittel grosse Mühe, ihre Überwachungsaufgabe zu erfüllen. Die besten Atomexperten werden von den zumeist privatisierten Kernkraftwerken selber angestellt, welche bessere Löhne zahlen als der Staat.

Das Zentrum für nukleare Sicherheit (CENS) für Mittel- und Osteuropa wurde im letzten Herbst

im slowakischen Bratislava eröffnet. Es soll dafür sorgen, dass die Sicherheitskontrollorgane unabhängiger werden und kompetenter arbeiten können. Dazu organisiert es verschiedene Lehrgänge für deren Personal. Bei den Kursen geht es um die Sicherheit bestimmter Reaktortypen, die Möglichkeiten der Modernisierung oder um moderne Methoden zur Beurteilung der Sicherheit von Kernkraftwerken.

Unabhängige Gutachten

In den Ländern Osteuropas sind nur wenige Beratungsbüros in der Lage, unabhängige Beurteilungen vorzunehmen, denn sie arbeiten sowohl für die Kraftwerke wie für die Behörden. Deshalb bietet das CENS auch in diesem Bereich Dienstleistungen an: «Wir machen keine Gutachten für die Industrie, sondern nur für die Sicherheitsbehörden», verspricht CENS-Präsident Sabyasachi Chakraborty, ein Chefbeamter der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK). Diese Schweizer Behörde leistet dem Zentrum grosse technische und organisatorische Hilfe.

Sicherheit

Die Finanzierung sichert die DEZA, welche für die zwei ersten Jahre knapp eine Million Franken zur Verfügung stellt. Programmleiter Axel Heiri erläutert das Engagement der DEZA im Bereich Kernenergie: «Wir wollen die mit dem Betrieb der Anlagen zusammenhängenden Gefahren so weit wie möglich einschränken. In diesem Bereich gibt es keine Grenzen. Mit unserem Projekt wollen wir deshalb die Umwelt sowohl im Westen wie im

Austausch zwischen den Fachleuten aus Ost und West zu fördern, wie Chakraborty betont: «Das Zentrum ist eine einmalige Chance, um in ganz Europa eine gemeinsame Sicherheitskultur aufzubauen. Bisher wurden die internationalen Normen sehr unterschiedlich interpretiert.»

Der Transfer von Wissen und Erfahrungen ist im Hinblick auf die unvermeidliche Stilllegung der Kernkraftwerke besonders wichtig, eine Heraus-



Osten schützen. Solange solche Reaktoren in Betrieb sind, muss dafür gesorgt werden, dass sie so sicher sind wie möglich. Die Suche nach Alternativenenergien ist Teil einer anderen Debatte.»

Seit knapp zehn Jahren arbeitet die DEZA im Bereich Kernsicherheit. Sie hat mit Russland, der Slowakei und der Ukraine bilaterale Programme durchgeführt. «Dank diesem Einsatz konnten wir wichtiges Know-how vereinigen und ein grosses Netz von Fachleuten aufbauen. Als das Programm in der Slowakei 1998 abgeschlossen war, beschlossen wir, ein internationales Zentrum zu gründen, das von der in diesen Jahren im bilateralen Rahmen erworbenen Erfahrung profitieren kann», führt Heiri aus. «Bisher beurteilt die DEZA die Entwicklung des CENS als sehr positiv.»

Vor dem Beitritt abstellen!

Das CENS will das aufgebaute Netz nutzen und zu einer wissenschaftlichen und technischen Plattform werden lassen, Kenntnisse verbreiten und die Sicherheitsbehörden in den osteuropäischen Staaten vernetzen. Es hofft auch, den

forderung die sich nicht nur in Osteuropa stellt. Die ältesten, in den Sechzigerjahren in Betrieb genommenen Reaktoren nähern sich dem Ende ihrer Lebensdauer, sie müssen abgebaut und die Radioaktivität vollständig beseitigt werden. Bisher wurden weltweit nur wenige Reaktoren vollständig abgebaut. Das CENS will die Sicherheitsbehörden Osteuropas unterstützen, welche in diesem Bereich sehr wenig Erfahrung haben.

Im September letzten Jahres widmete es seine erste Jahreskonferenz der Frage des Abbaus und der Begleitung dieses Prozesses durch die Regulierungsorgane. Alle Teilnehmenden richteten dabei ihre Blicke auf die ersten, für die es ernst gilt: in Bulgarien, Litauen und der Slowakei müssen drei Reaktoren, die als sehr unsicher und nicht modernisierbar gelten, definitiv abgestellt werden. Dies ist eine Bedingung für den Beitritt zur Europäischen Union. ■

(Aus dem Französischen)

Die Struktur des CENS

Das CENS ist eine nicht gewinnorientierte Vereinigung mit Sitz in Bratislava. Seine Mitglieder sind Privatpersonen sowie Institutionen aus dem Bereich nukleare Sicherheit, wie zum Beispiel die Sicherheitsbehörden der Schweiz, der Slowakei und Frankreichs. Die Mitglieder kommen einmal pro Jahr zu einer Generalversammlung zusammen. Das Sekretariat ist in Büros untergebracht, welche die slowakische Sicherheitsbehörde zur Verfügung stellt. Bis Ende 2003 sollte es rund zehn Angestellte beschäftigen. Die operative Leitung hat ein Exekutivdirektor. Die strategischen Beschlüsse werden vom Vorstand gefasst, in dem namentlich Vertreter der beiden Schweizer Institutionen sind, welche hinter dem Aufbau des Zentrums stehen, der DEZA und der HSK. Die Aktivitäten des CENS werden mit der internationalen Atomenergieagentur (IAEA) koordiniert, welche es begleitet und aktiv unterstützt.
Internet: www.censee.org

Internetfähiges Dzongkha

Was in der Schweiz zum täglichen Leben gehört, soll nun mit Unterstützung der DEZA auch im Königreich Bhutan möglich werden: E-Mails senden, chatten, Websites einrichten. Und zwar auch in Dzongkha, der Amtssprache Bhutans.



(mr) Längst nicht überall ist die Benutzung des Computers eine Selbstverständlichkeit. In Bhutan beispielsweise, dem kleinen Königreich im östlichen Himalaya zwischen Indien und Tibet, spricht und schreibt man in einem Grossteil des Landes Dzongkha. Doch wer in Bhutan bisher einen Computertext in dieser Sprache verfassen wollte, hatte es nicht einfach. Zwar existieren verschiedene Textverfassungssysteme mit Dzongkha-Schriftzeichen, doch diese sind untereinander nicht kompatibel. Schlimmer noch: Die Kodierungssysteme für die Textverfassung basieren nicht auf dem international angewandten Unicodesystem, was unter anderem bedeutet, dass bisher auf Dzongkha weder Websites kreiert noch E-Mails verfasst, geschweige denn, gechatet werden konnte.

Mönche als Computer-Übersetzer

Dies soll sich nun ändern. Seit fast zwei Jahren arbeitet ein interprofessionelles Team bestehend aus Informationstechnologie-Managern, Schriftmalern, buddhistischen Mönchen und Computerspezialisten an der Integration der Dzongkha-Schriftzeichen in das Windows-Betriebssystem. Alle Windows-Anwendungen, von Word über

Access, Excel, bis zu Internet Explorer sollen dzongkha-sprachigen Menschen zugänglich werden und bereits bestehende Texte problemlos übernommen werden können. Zudem wird das neue Betriebssystem auch mit Multimedia-Anwendungen wie Adobe Photoshop und Page-maker kompatibel sein.

Getragen wird das Projekt von der königlichen Regierung Bhutans, The Orient Foundation und der DEZA. Rund 4500 Dzongkha-Buchstaben und religiöse Zeichen in verschiedenen Schriftarten wurden bereits nach Unicode-Standard neu kreiert. Das neue Windows-System, welches diesen Frühling auf den Markt kommen soll, besteht aus verschiedenen Komponenten: Einer Dzongkha-Tastatur, einem System-Font und zwei Schriftarten für Word-Dokumente. Da aber zwei Schriftarten nicht genügen, um die verschiedensten Bedürfnisse vom Buchumschlag bis zum persönlichen Brief abzudecken, hat das Projekt auch Schriftbildner ausgebildet, die neue Schriftarten kreieren sollen. ■

Neuer Leiter «Bilaterale Zusammenarbeit»

(bf) Seit 1. Januar ist Adrian Schläpfer Leiter der Sparte Bilaterale Zusammenarbeit und damit Nachfolger von Rudolf Dannecker. Der 55jährige Zürcher Adrian Schläpfer studierte Volkswirtschaft und absolvierte ein Nachdiplomstudium über Probleme der Entwicklungsländer an der ETH Zürich. Nach einer Weiterbildung als Systemanalytiker und Einsätzen als Konsulent für die Weltbank und als Programmbeauftragter des UNO-Entwicklungsprogramms trat er 1979 in den Dienst der DEZA ein. Der Vater von vier Kindern arbeitete daraufhin als Projektleiter, Programmbeauftragter, Landeskoordinator und Sektionschef und war dabei insgesamt zehn Jahre in Lateinamerika im Einsatz. Im März 2001 wurde er zum stell-

vertretenden Leiter der Sparte «Bilaterale Zusammenarbeit» und zum Direktionsmitglied ernannt. Auf Adrian Schläpfer warten spannende Herausforderungen: «Ich will die bilaterale Zusammenarbeit als zentrales Instrument der schweizerischen Entwicklungspolitik stärken und ihr hohes Qualitätsniveau hinsichtlich Wirkung, Effizienz und Akzeptanz weiterentwickeln; den neuen globalen Herausforderungen begegnen wir mit Offenheit und Kreativität, aufbauend auf soliden Partnerschaften und langjähriger operativer Erfahrung.»

Kinder auf der Warteliste

(gjs) Die 1999 eröffnete Krippe der DEZA ist so erfolgreich, dass die Anmeldungen die Aufnahmekapazität bei weitem übersteigen. Ursprünglich für zehn Kinder gedacht, wurde sie auf sechzehn und schliesslich dreissig

Plätze erweitert. Trotzdem stehen noch immer ein Dutzend Kinder auf der Warteliste. Die zweisprachig geführte «Dezalina» hat flexible Öffnungszeiten, was in der Schweiz eher selten ist. Nun werden verschiedene Szenarien geprüft, die von einer weiteren Vergrösserung bis zur finanziellen Unterstützung für die Betreuung der Kinder in einer anderen Krippe gehen. Die DEZA war das erste Bundesamt mit einer Krippe für die Kinder ihrer Angestellten.

Jahr des Wassers

(ll) 2003 ist das UNO-Jahr des Wassers. Auf die Bedeutung der Ressource Wasser machen drei Bundesstellen mit einem Aktionsprogramm aufmerksam – die Bundesämter für Wasser und Geologie (BWG), für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) sowie die DEZA. Am 21. März

wird das «Wasserjahr» mit einem Wasserfest auf dem Bundesplatz lanciert. In der Schweiz und international wird die DEZA auf die globale Bedeutung des Wassers im Entwicklungskontext aufmerksam machen. Im Herbst wird eine Broschüre erscheinen, in der die langjährige Erfahrung der DEZA im Wasserbereich aufgearbeitet und dokumentiert ist. International möchte die DEZA in ihren Schwerpunktländern gezielt ausgewählte Aktivitäten im Wasserbereich fördern und unterstützen. Ein regionaler Schwerpunkt wird in Zentralasien gesetzt. Der international wichtigste Anlass wird das «3rd World Water Forum in Kyoto» vom 16. bis 23. März sein. Über sämtliche Aktivitäten der Schweiz im Rahmen des Internationalen Jahres des Wassers orientiert das Web-Portal www.wasser2003.ch.

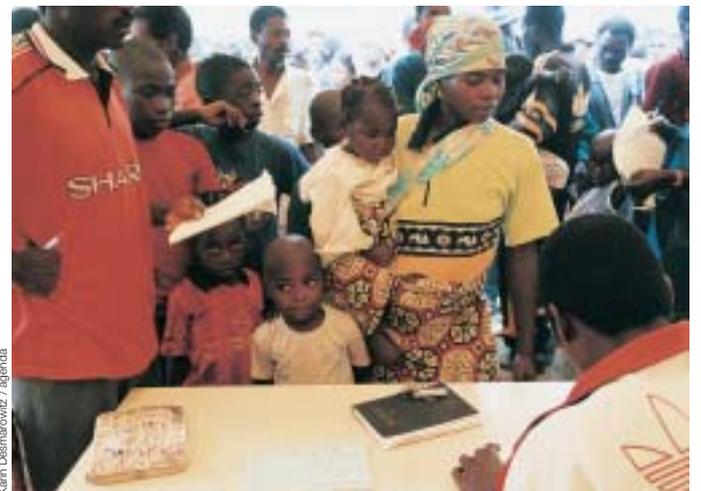
Was eigentlich ist... politische Konditionalität?

(bf) Konditionalität bezüglich Zusammenarbeit bedeutet, dass diese an gewisse Bedingungen gebunden ist. Der Bundesrat hat 1998 beschlossen, «dass die Kompetenz zum teilweisen oder völligen Abbruch der Zusammenarbeit mit einem Land aus politischen Gründen oder aufgrund schwerer Menschenrechtsverletzungen bei ihm liegt». Damit ist auch gesagt, dass sich politische Konditionalität nicht auf Entwicklungszusammenarbeit beschränkt, sondern die gesamten schweizerischen Aussenbeziehungen (wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell, Handel, Militär etc) betrifft.

Die Hauptkriterien, welche im konkreten Fall vor dem Hintergrund der spezifischen Situation sowie des Verhaltens anderer Länder angewendet werden, sind: Fehlende Bemühungen um eine gute Regierungsführung, u.a. die bewusste und konsequente Verhinderung reformorientierter Massnahmen; schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gravierende Diskriminierung von Minderheiten; Unterbrechung oder Rückgängigmachung von Demokratisierungsprozessen; schwere Verstösse gegen Frieden und Sicherheit (Krieg, Schüren von Kriegsbestrebungen, Staatsterror); fehlende Bereitschaft zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger.

Die politische Konditionalität bezüglich der Entwicklungszusammenarbeit gründet auf der Erkenntnis, dass deren oberstes Ziel – Armutsbekämpfung – nur funktionieren kann, wenn das politische Umfeld mithilft. Deshalb wurden obgenannte Kriterien erstellt, die grundsätzlich für alle Partnerländer der

schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit gelten. Kritiker der politischen Konditionalität geben zu bedenken, dass der gänzliche Abbruch von Zusammenarbeit die am meisten bedürftige und leidende Bevölkerung im Stich lässt. Zudem wird damit oft die Möglichkeit verbaut, aktiv und positiv auf die Verbesserung der beanstandeten Zustände hinzuwirken. Ein Abbruch der Beziehungen wird denn auch nur in äussersten Fällen, wenn auch ein Dialog nicht mehr möglich ist, in Betracht gezogen. Von der politischen Konditionalität ausgenommen ist der Bereich der humanitären Hilfe.



Kein Desmarovitz / agenda

«For a long time»

Der Versöhnungsprozess im Kosovo kommt nur schleppend voran. Mit welchen Schwierigkeiten die Menschen bei der Rückkehr zu einem friedlichen Nebeneinander kämpfen, zeigt exemplarisch die ethnisch geteilte Stadt Mitrovica. Eine Reportage von Maria Roselli.



Der Fluss Ibar teilt den serbischen und albanischen Teil in Mitrovica

David Chillarons weisser UN-Dienstwagen steht genau dort, wo einst die Frontlinie verlief. Stacheldrahtrollen, sogenannter Nato-Draht, erschweren heute noch den Zugang zum Gelände diesseits der Ibar. Von hier aus bewarfen sie sich gegenseitig mit Granaten, führten einen erbitterten Krieg Haus um Haus: auf der Nordseite Mitrovicas die Serben, im Süden der Stadt die Albaner. Der Fluss, die Ibar, das Niemandsland zwischen den Fronten. Gut drei Jahre nach Ende des Krieges ist die Ibar immer noch die Grenze zwischen dem von der serbischen Minderheit bewohnten nördlichen Stadtteil und

den albanischen Quartieren im Süden. Mitrovica mit seinen 80000 Einwohnern ist ein tristes Symbol für den nur schleppend vorankommenden Versöhnungsprozess im Kosovo.

Der Spanier David Chillaron besteigt den Geländewagen der UNO. Seit einem Jahr fährt der Leiter der Housing and Property Directorate (HPD) für seine Arbeit praktisch täglich in den Norden der Stadt. Die Institution der UNMIK (UNO-Verwaltung des Kosovos), dessen Zweigstelle in Mitrovica er leitet, klärt die rechtmässigen Besitzverhältnisse bei Streitigkeiten um Wohneigentum. In einer



Grossmann / laif

Nachkriegssituation wie im Kosovo ist nicht jeder Hausbewohner der rechtmässige Besitzer oder Mieter. Rund 103 000 Wohnungen und Häuser wurden während des Krieges zerstört oder stark beschädigt – fast die Hälfte sämtlicher Wohnbestände.

Trümmer im Roma- Quartier

Viele Albaner verloren aufgrund der serbischen Diskriminierung zwischen 1989 und 1999 ihre Arbeit und somit auch ihre Dienstwohnungen, die Serben übertragen wurden. Während des Krieges haben Tausende von Serben, Albanern, Romas und Ashkali auf der Flucht ihre Häuser verlassen. Drei Jahre nach dem Konflikt wurden bereits viele Häuser wieder aufgebaut, doch noch immer warten Tausende von Menschen darauf, in ihre rechtmässigen Behausungen zurückzukehren. Knapp 23 000 Klagen sind bei der HPD eingegangen.

David Chillaron verlässt das geschützte Gelände der Housing and Property Directorate durch das Ostportal und fährt, vorbei an Stacheldrahtrollen und wirrem Gestrüpp, über die Ostbrücke der Ibar in den Norden der Stadt. Rund 15 000 Serben wohnen seit Kriegsende im Norden Mitrovicas. Nur ganz wenige albanische Familien sind nach dem Krieg in diesen Stadtteil zurückgekehrt, obwohl sie hier früher gut 40 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

Die französischen KFOR-Soldaten lassen uns am Checkpoint passieren. Rechts der Brücke führt eine schmale, ungeteerte Strasse dem Ufer entlang in eine albanische Enklave namens Bosnian Mahalla. Abgeriegelt und beschützt von schwer bewaffneten Soldaten der KFOR wohnen hier einige albanische Familien. «Seit kurzem haben sie, zum Verdruss der Serben, mit dem Wiederaufbau ihrer Häuser begonnen. Sie wollen damit zeigen, dass sie nicht gewillt sind, sich von hier vertreiben zu lassen», sagt Chillaron. Vor einem albanischen Haus wartet der gepanzerte Schulbus, der die Kinder am Nachmittag zur Schule bringt.

Wir verlassen beim nächsten Checkpoint die

Uferstrasse und fahren Richtung Norden auf einen Hügel über der Stadt, von wo aus die Trepca, die Mine, die einst einem Grossteil der Bevölkerung Arbeit bot, gut zu sehen ist.

Durcheinander bei Besitzverhältnissen

Rund 70 Prozent der Wohnungen in Mitrovica gehörten diesem staatlichen Kohlenwerk. Wer dort arbeitete, bekam automatisch eine Wohnung in der Stadt. Durch die Kündigungen während der serbischen Unterdrückung und der Flucht während und nach dem Krieg, herrscht hier in den Besitzverhältnissen der Wohnungen ein heilloses Durcheinander. «Für den Versöhnungsprozess ist es enorm wichtig, dass die Menschen nun auf ihre rechtmässigen Wohnungen Anspruch erheben können», erklärt Chillaron. Die Menschen müssten neues Vertrauen finden in die Institutionen und sehen, dass für Recht und Ordnung gesorgt wird.

Auf der Rückreise ins Zentrum erstreckt sich unweit der Hauptbrücke, die von der serbischen Miliz, den sogenannten Brückenwächtern, bewacht wird, dem Ibar-Ufer entlang das, was einst das Roma-Quartier war: Heute sind von der Roma-Mahalla nur noch Trümmer übrig. 750 Häuser wurden nach dem Ende des Krieges im Juni 1999, praktisch unter den Augen der KFOR-Truppen zerstört. Die Albaner rächten sich an den serbischsprachigen Roma, die sie als serbische Kollaborateure ansehen. Gemäss Schätzungen sind im Kosovo nach der Ankunft der KFOR-Truppen rund 14 000 Häuser, die von Serben, Romas und Ashkalis bewohnt wurden, in Rachefeldzügen zerstört worden.

Im kleinen Dorf Vustrri ausserhalb Mitrovicas le-

Roma und Ashkali

Im Kosovo leben zwei Millionen Menschen, wovon etwa zwölf Prozent den ethnischen Minderheiten angehören. Davon sind zwei Drittel Serben und die restlichen Roma, Ashkali, «Ägypter» und slawische Muslime. Die wirtschaftliche Situation ist für die gesamte Bevölkerung Kosovos extrem schwierig. Gut 70 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat keine Arbeit. Der Prozentsatz der Erwerbslosen unter den serbischsprachigen Roma und den albanischsprachigen Ashkali ist weit höher. Kaum ein Minderheitenangehöriger hat eine reguläre Arbeitsstelle. Da ihre Bewegungsfreiheit mancherorts sehr eingeschränkt ist, können sie ihre berufliche Tätigkeit meist nicht einmal innerhalb ihrer Gemeinden, geschweige denn ausserhalb, ausüben. Frei werdende Stellen gehen zuletzt, wenn überhaupt, an Angehörige der Minderheiten. Fehlende oder mangelnde Albanischkenntnisse verringern ihre Chancen zusätzlich. Ihre Beschäftigungsaussichten beschränken sich auf Gelegenheitsarbeit im Baugewerbe oder in der Landwirtschaft.



Fritz Berger

Grossmann / laif

Aussergerichtlich

Die Housing and Property Directorate (HPD) ist direkt der UNMIK angegliedert und seit November 1999 im Kosovo operativ. Ihr Ziel ist es, Streitigkeiten über Wohneigentum in einem aussergerichtlichen Verfahren zu klären. Fälle, die eines richterlichen Urteils bedürfen, werden an die Housing and Property Claims Commission (HPCC) weitergeleitet. Diese besteht aus einem lokalen und zwei internationalen Richtern, die definitive Urteile sprechen.

Insgesamt sind bei der HPD knapp 23000 Klagen eingegangen. Die Frist für die Einreichung ist Ende 2002 abgelaufen. Ein Grossteil der Dossiers wird nach genauer Abklärung für den Urteilsspruch an die HPCC weitergeleitet. Martin Drake, Executive Director der HPD, rechnet mit einem raschen Vorkommen: «In den nächsten zwei Jahren sollten sämtliche 23000 Dossier abgeschlossen werden.» Die Schweiz unterstützt dieses Projekt mit 3 Millionen Franken. Dieser Beitrag wird vom Bundesamt für Flüchtlinge BFF und die Projektbegleitung von der DEZA geleistet.

Wer kann klagen?

Es sind drei Kategorien von Klagen bei der HPD zulässig:

- Verlust des Wohneigentums aufgrund der serbischen Diskriminierung zwischen 1989 und 1999.
- Informelle Eigentums-transaktionen zwischen 1989 und 1999. Trotz gesetzlichem Verbot, Häuser an Albaner zu verkaufen, wurden in dieser Zeit viele informelle Transaktionen vorgenommen.
- Illegale Besetzung der Häuser während oder nach dem Krieg.

Die HPD ist nicht für den Wiederaufbau zerstörter Häuser zuständig.



Fritz Berger

ben vor allem albanischsprachige Ashkali-Zigeuner. David Chillaron will nachsehen, wie es der Familie Pushkolli nach der Wiedereinquantierung in ihr Haus geht. Vergangene Woche hatten sie Übergriffe von Nachbarn vermeldet, die Backsteine über die Gartenmauer warfen.

«Wir leben nicht vom Haus allein»

Der fünfzigjährige Xhemajl Pushkolli floh mit seiner Familie nach Ende des Krieges aus Angst vor Racheakten der Albaner. Er musste alles zurücklassen, Möbel, Kleider, einfach alles. Vor sechs Monaten kam er mit seiner Frau und den drei Kindern aus dem serbischen Novi Sad zurück in sein Dorf, das wieder mehrheitlich von Ashkalis bewohnt wird. Doch die Pushkollis hatten kein Glück. Eine andere Ashkali-Familie hatte sich in ihr Haus einquartiert und weigerte sich, es zu verlassen. Dank der Intervention der HPD, wurde Pushkollis Haus geräumt und den unrechtmässigen Besetzern eine andere Wohnung vermittelt.

Dort, wo früher in Pushkollis Haus die Eingangstür und die Veranda waren, klafft ein Riesenloch. Eine Plastikplane verdeckt es, damit Wind und Regen nicht gleich ins Zimmer drängen. Xhemajl weist mit der Hand auf das Loch: «Die Besetzer haben die Türe und all unsere Möbel mitgenommen. Wir haben nichts mehr.» Vor dem Krieg hat Xhemajl 20 Jahre lang als Taxichauffeur gearbeitet, jetzt ist diese Arbeit für ihn nicht mehr denkbar. Er hat Angst vor Übergriffen. «Ich weiss nicht, wie lange wir noch hier bleiben. Wir brauchen auch etwas zu Essen, vom Haus allein können wir nicht leben», sagt er zu Chillaron.

Sehnsucht nach Normalität

Es ist Abend in der Hauptstadt Pristina. Keine Strassenlaternen, keine Ampellichter, einzig die Scheinwerfer der Fahrzeuge hüllen den Boulevard



Grossmann / läff

Nëna Terezë in schales Licht. Seit ein Blitz ins Elektrizitätswerk in Obiliq eingeschlagen hat, fehlt der Strom noch häufiger. Oft stundenlang. Das Chaos an der blinden Ampel ist perfekt. Militärfahrzeuge der KFOR, Dienstwagen der UNO und der allabendliche Individualverkehr drängen gleichzeitig auf die Kreuzung zu.

Drei Jahre nach dem Krieg im Kosovo, sehnt sich die Bevölkerung nach Normalität, von der bisher selbst in Pristina nur der Schein eingezogen ist – schöne Läden im Zentrum, viele Cafés und Restaurants. Doch wie es im Kosovo weitergehen soll, weiss derzeit kaum jemand. Fast 70 Prozent der Bevölkerung ist erwerbslos. Die Wirtschaft des Transitionslandes ist ohne ausländische Investitionen am Boden. Und wie lange bleibt David Chillaron noch im Kosovo? Er lächelt und sagt: «For a long time.» ■

Eine verflixte Frage

Auf unserer kürzlichen Spanienreise wurden mein Mann und ich in Barcelona von einer Künstlerin angesprochen. Sie beobachtete eine Weile, wie wir ihre Masken begutachteten und diskutierten, welche wir kaufen wollten. Plötzlich meinte sie erstaunt: «Sprechen Sie immer Englisch zusammen? Haben Sie keine andere Sprachen in Indien?»

In Unkenntnis der Kolonialgeschichte sprach die Spanierin mit ihrer Frage ungewollt einen wichtigen Punkt der modernen indischen Identität an. Vor ein paar Jahrzehnten beschloss der bekannte indische Schriftsteller Kiran Nagarkar, nicht mehr in seiner Muttersprache Marathi, sondern in Englisch zu schreiben. Und erlitt dabei beinahe einen Nervenzusammenbruch. Wenn er Marathi schrieb, fühlte er sich eingeengt von den Konventionen und einer kompromisslosen Empfindlichkeit. Als er aber anfing, Englisch zu schreiben, war das eine Art Verrat, eine Durchtrennung der Nabelschnur, die ihn mit seiner Leserschaft verband. Englisch wurde in Indien von den Briten als Herrschaftssprache eingeführt. Zuerst war es ein Instrument der Unterwerfung in den Händen der Nationalisten, später eine wichtige Verbindungssprache in einer neugeborenen Nation mit 22 Regionalsprachen und über 100 Dialekten. Aber Englisch steht in Indien noch heute mit Klasse, Macht, Privilegien und – zwangsläufig – einem Hauch kolonialer Schande im Zusammenhang. Für jene unter uns, die es sprechen, ist es ein Zeichen des Weltbürgertums, ein Zugang zu Arbeitsstellen und einem leichteren Leben im modernen Indien und der Welt. Aber es ist gleichzeitig ein beunruhigender Prozess der Entwurzelung: eine schwindende Verbindung zur

Vergangenheit, zur Familiengeschichte, zu unserer Literatur und Tradition. Das unangenehme Gefühl, im eigenen Land fremd zu sein.

Für jene aber, die es nicht sprechen, vor allem die tieferen Klassen und jene, die erst seit kurzem in den Staatsschulen lesen und schreiben lernen, ist es zugleich ein intensives Objekt der Begierde und ein mit Verachtung und Groll vermisstes Thema. Es ist das schwierigste Klassenhindernis – schwerer zu überwinden als Geld. Nichts illustriert das komplizierte Thema besser als der vor kurzem herausgegebene Bericht einer international anerkannten Beratungsstelle, welche die Regierung des Bundesstaats Westbengalen mit der Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien beauftragt hatte. Das politische Misstrauen gegenüber dem Englischen drückte sich in Indien im Allgemeinen in Experimenten eines sprachlichen Chauvinismus aus. 1983 strich die westbengalische Regierung, um die Gunst der Wählerschaft buhlend, Englisch aus dem Lehrplan der Primarschulen und erklärte die Regionalsprache Bengali zur obligatorischen Unterrichtssprache in allen Staatsschulen. Nun, bei der Beurteilung der Entwicklung 20 Jahre später, stellten die Berater in ihrem Bericht über Westbengalen fest:

Der Bundesstaat steht auf dem nationalen Entwicklungsbarometer weit unten. 92 Prozent der Studierenden, welche die Mittelschulen der bengalischen Regierung abschlossen, konnten mit jenen aus anderen Landesteilen nicht Schritt halten: Informatik, Technik und Dienstleistungen, in denen Englisch unumgänglich ist, bleiben ihnen verschlossen. Die westbengalische Regierung hat nun den Englischunterricht wieder eingeführt. So versucht Indien, mit der verflixten Frage fertig zu werden, was in Indien mit dem Englischen geschehen soll. Die spanische Künstlerin in Barcelona würde wohl kaum verstehen, dass wir, die wir beide eine ausgezeichnete Bildung genossen, mein Mann im Pandshab und ich in Bengalen, ohne Englisch nicht miteinander kommunizieren können. Sie fände es auch seltsam, dass das junge Mädchen, das uns im Haushalt hilft, zwar Hindi spricht, die andere einigende Sprache Indiens, und wir mit ihr auch, dass ihr das aber nicht genügt. Sie verbringt ihre ganze Freizeit über englischen Schulbüchern. Auf der Suche nach dem Tor zur grossen weiten Welt. ■

(Aus dem Englischen)



Shoma Chaudhury, 31, lebt in Neu-Delhi und ist Literaturkritikerin für ein indisches Online-Magazin. Zuvor drehte sie Dokumentarfilme für eine Fernsehstation und arbeitete als Reporterin u.a. für Outlook und India Today, zwei der renommiertesten Zeitungen Indiens.



Mike Goldwater / Network / Lookat



Filme für Afghanistan

Filmemacher und Fernsehleute in Afghanistan suchen Kontakte zu ausländischen Kollegen und Produzenten. Nach Jahren des Kriegs und dem totalen Bildverbot während des Taliban-Regimes versuchen engagierte Produzenten und Regisseure, unter äusserst schwierigen Bedingungen, eine eigene Film- und TV-Kultur aufzubauen. Von Gabriela Neuhaus.

Fast ein Jahr ist es her, seit Bustor Keaton erstmals in einem afghanischen Bergdorf über die Leinwand flimmerte. Der alte Stummfilmheld löst Reaktionen aus, die wir uns kaum mehr vorstellen können. Für die Kinder in Afghanistan ist Film etwas völlig Neues – während des Taliban-Regimes waren Musik und Bilder streng verboten.

Doch auch die Alten in den Dörfern ausserhalb der Hauptstadt mögen sich kaum

an Ähnliches erinnern. Entsprechend gross war der Erfolg des mobilen Kinos, das bereits vier Monate nach der Kapitulation der Taliban im Frühjahr 2002 während 45 Tagen das Land bereiste. «Ich erhielt unzählige Reaktionen. Sogar Kommandanten, aber auch Frauen, kleine Buben und alte Männer baten uns, dieses Projekt zu wiederholen», sagt Siddiq Barmak, Direktor des staatlichen Filminstituts Afghan Film. Finanziert von der französi-

schon Entwicklungsorganisation Aina, welche das mobile Kino zusammen mit Afghan Film initiierte, sollen auch dieses Jahr wieder zehn Equipen mit Projektor, einer grossen Leinwand, Filmklassikern sowie speziell für diesen Zweck produzierten Kurz- und Dokumentarfilmen auf die Reise geschickt werden.

Diese Lehrfilme zu Themen wie Loya Jirga (Ältestenrat/Staatskunde), Gesundheitspflege, Dorfentwicklung oder

Minenprävention, welche von internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation WHO in Auftrag gegeben wurden, waren nicht nur wichtige Unterhaltungs- und Informationsmittel für die Bevölkerung, sie brachten auch willkommene Aufträge für afghanische Film- und Videoschaffende. In diesem Bereich sieht Siddiq Barmak einen wichtigen Grund für die afghanische Filmförderung: «In einem Land mit 90 Prozent Analphabeten

müssen wir mit visuellen Mitteln arbeiten. Deshalb haben Video und Film in Afghanistan heute einen hohen Stellenwert, gerade auch für Erziehung und Entwicklung.»

Rückkehr und Aufbruch

Eine nennenswerte eigenständige afghanische Filmkultur gab es bis anhin nicht. Doch immerhin wurden in Afghanistan vor der Taliban-Herrschaft sowohl Filmwochen-schauen wie auch zahlreiche Dokumentar- und Spielfilme produziert. Die meisten afghanischen TV-Journalisten und Filmemacher, die ihre Ausbildung zum Teil in Moskau absolviert hatten, überlebten die Zeit der Bildverbote unter den Taliban dann aber im Exil.

schon Filmarchivs vor der Zerstörung durch die Taliban retten konnte.

Kopien dieser Filme hatte er unter anderem letzten Sommer am Filmfestival in Locarno gezeigt, wo in Zusammenarbeit mit der DEZA ein Tag speziell dem afghanischen Film gewidmet war. Ebenfalls in Locarno anwesend war der afghanische Schauspieler und Filmemacher Timur Hakimyar, dessen Film Gardab (Kleines Spiel) gezeigt wurde. Solche internationalen Plattformen sind für die afghanischen Kulturschaffenden – Hakimyar ist Präsident der 3000 Mitglieder zählenden Afghan Artist Association – äusserst wichtig. Nicht in erster Linie, um alte Produktionen zu zeigen, sondern um

der Tagesordnung sind, fehlt es auch im kulturellen Bereich an allem: Filmkameras, Tonausrüstungen, Schnittplätze wären genauso gefragt wie neuestes technisches Know-how. «Afghan Film ist ein Museum», sagt die deutsche Filmemacherin Wilma Kienert, die im September 2002 zusammen mit dem Kameramann Dieter Matzka in Kabul einen zweiwöchigen Workshop durchführte.

Kinder-Kidnapper

Im Rahmen dieses Projekts brachten sie zwei Kameras mit Lichtkoffern mit – viele der Kursbesucher hatten damit überhaupt erstmals die Möglichkeit, Erfahrungen mit technischem Material zu sammeln.

«Die Leute brauchen Geld

Timur Hakimyar sucht nach Geld, um seine Arbeit mit der erforderlichen Ausrüstung fortsetzen zu können. Er hat ein Filmprojekt, das ihm sehr am Herzen liegt, weil damit auf ein grosses Problem in seinem Land aufmerksam gemacht werden könnte: «In Afghanistan gibt es Kidnapper, welche Kinder entführen, um ihnen Nieren und Augen zu entfernen. Diese Organe verkaufen sie ins Ausland, um so Geld zu verdienen. Diese Geschichte ist wahr, ich sah sie mit eigenen Augen. Die Polizei verhaftete solche Kidnapper. Sie können sich vorstellen, was für einen spannenden und wichtigen Film dies geben würde.»

Viele aktuelle Filmprojekte in Afghanistan befassen sich mit

K. Miller / Agence VU (4)



Auch Siddiq Barmak, der nach der Besetzung Kabuls seine Dreharbeiten vorerst im Norden Afghanistans fortgesetzt hatte, verbrachte die letzten zweieinhalb Jahre im pakistanischen Asyl, wo er für die BBC arbeitete. Gleich nach der Kapitulation der Taliban ist er aber zurückgekehrt und setzt sich seither unermüdlich für den Wiederaufbau des afghanischen Filmschaffens ein. Berühmt geworden ist die Geschichte, wie er mit List und der Unterstützung Gleichgesinnter zumindest Teile des afghani-

neue Kontakte zu knüpfen und den Anschluss an die heutigen Standards zu schaffen. «In Locarno stellte ich fest, dass sich der Film enorm entwickelt hat – wir hatten lange keine Möglichkeiten, dies zu beobachten», sagt Timur Hakimyar. «Ich war schockiert – und hatte gleichzeitig den Wunsch, dass Afghanistan künftig ebenfalls Filme auf Welt-Niveau produziert.»

Der Weg dahin allerdings scheint weit. In Afghanistan, einem Land wo Unsicherheit und Hunger immer noch an

und Geräte», fasst Wilma Kienert ihre Erfahrungen zusammen. «Bildungshunger und Motivation sind unglaublich gross – wir rechneten für unseren Workshop, den wir im Auftrag des Goethe-Instituts durchführten, mit rund zwölf Teilnehmern – gekommen und bis zum letzten Tag geblieben sind 50 Leute, darunter auch zehn Frauen!»

Gerade im Filmgeschäft kommen aber auch die Motiviertesten und Begabtesten ohne entsprechende Mittel nicht weit. Auch

Ereignissen oder Problemen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Auch Siddiq Barmaks poetisch-surrealistischer Spielfilm, den er zurzeit gemeinsam mit einer iranischen Produktionsfirma dreht, spielt während des Taliban-Regimes in Kabul. Die Zusammenarbeit mit den iranischen Kollegen sei besonders wertvoll, betont Barmak. Diese verfügten über grosses Können und Wissen, von dem die Filmemacher in Afghanistan profitieren könnten.

Engagiert knüpft Barmak



K. Miller / Agence VU (6)

überall in der internationalen Filmwelt seine Fäden und freut sich, wenn die iranische Regisseurin Samira Makhmalbaf ihren jüngsten Film in Afghanistan dreht und der deutsche Filmemacher Herbert Achternbusch im Gespräch sein Interesse an einem Afghanistan-Film kund tut. Barmak sucht überall im Ausland Unterstützung sowohl für die staatliche Filmagentur Afghan Film wie auch für private Produktionsfirmen – dies bereits im ersten Jahr nach der Taliban-Ära mit

einigem Erfolg. Obschon es nach wie vor an fast allem mangelt, hat er es geschafft, Filmschaffende und Kulturinstitutionen von Frankreich bis Japan für die Anliegen des afghanischen Films zu interessieren. ■

«Filme helfen, das Gefühl der Menschen für Zusammenhalt, Frieden, aber auch für ihre Geschichte zu verbessern. Mit Filmen erreicht man die Herzen der Menschen, deshalb denke ich, dass sie in unserer Situation eine wichtige Rolle zu spielen haben. Natürlich haben ausländische Filmemacher einen anderen Standpunkt und eine andere Meinung zu Afghanistan. Trotzdem lade ich sie ein herzukommen und die Wirklichkeit in Afghanistan einzufangen. Andere Filme zu drehen. Zudem möchte

ich gerne ihre Erfahrungen für unsere künftige Filmindustrie nutzen.»

Siddiq Barmak, Direktor Afghan Film

«In Afghanistan gibt es viele nennenswerte Kunstsektionen: Literatur, Malerei, Bildhauerei, Theater – und natürlich Film. Ich spüre sowohl die Motivation wie auch die Verantwortung, unsere Kultur und den Film, der ein Teil davon ist, wieder zu beleben. Will ein ausländischer Filmemacher einen Film über Afghanistan drehen, hat er oft Schwierigkeiten mit der richtigen Interpretation unserer Kultur. Afghanische Filmemacher kennen ihre eigene Kultur besser, die Nöte, die sozialen Probleme und das wirkliche Leben der Menschen.»

Timur Hakimyar, Präsident Afghan Artist Association



Kinder im Nahostkonflikt

Filme Wie leben palästinensische und jüdische Kinder mit den Spannungen und den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ihren Völkern? Was halten sie voneinander? Was trennt sie und was könnte sie wieder vereinigen? Solchen Fragen geht «Promises» nach, das mehrfach preisgekrönte Film-Porträt von sieben Kindern aus Jerusalem, die vom Konflikt im Nahen Osten betroffen sind. Der Film überrascht durch seine erfrischende Aufrichtigkeit ebenso wie durch die Klarsichtigkeit der Kinder. Die Begegnung zwischen den Kindern beginnt mit skeptischer Distanz und endet in einer Atmosphäre der erwachsenen Freundschaft. In diesen friedlichen Stunden des Spiels und des Austauschs werden vorgefasste Meinungen revidiert, Begegnungen zwischen Palästinensern aus den besetzten Gebieten und Israelis werden plötzlich möglich.

«Promises» von *Justine Shapiro, B.Z. Goldberg und Carlos Bolado, USA/Palästina/Israel 2001; Dokumentarfilm, Video VHS, 106', Arabisch/Hebräisch/Englisch; deutsch/französisch untertitelt, ab 14 Jahren. Verleih und Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tél. 031 389 20 21; info@bern.globaleducation.ch oder ZOOM, Tél. 01 432 46 60, Informationen: Filme für eine Welt, Tél. 031 398 20 88, www.filmeeinewelt.ch*

Rumänien - Video

(hba) «z.B. Rumänien» heisst ein neuer Videofilm, den die DEZA und das seco gemeinsam produzieren liessen und der am 5.

November anlässlich der Jahreskonferenz FOCUS Osteuropa in Biel uraufgeführt worden ist. Der knapp 13-minütige Film von Fred Lauener und Maya Hauser dokumentiert die Schweizer Programme für die soziale Transition in Osteuropa am Beispiel Rumänien. Neben den Engagements in den Bereichen Fernheizungen und Wiedereingliederung von Stellenlosen in den Arbeitsmarkt beleuchtet der Film hauptsächlich die Schweizer Beiträge an die Reform des rumänischen Gesundheitswesens in den Bereichen Spitex, Notfallversorgung und Neonatologie.

Der Film ist für Fr. 20.00 (inkl. Versandkosten) in Deutsch, Französisch und Englisch erhältlich bei der DEZA, Tél. 031 322 44 12 oder über info@deza.admin.ch

3 Festivals in der Romandie

(dls) Das internationale Filmfestival Freiburg findet dieses Jahr vom 16. bis 23. März statt. Neben den rund zehn Wettbewerbsfilmen wird eine Retrospektive mit Musikkomödien gezeigt. Dieses beliebte Genre ist nicht nur in Indien und Ägypten verbreitet, sondern auch im Fernen Osten, in Afrika und Lateinamerika. Dank dem Programm «Regards croisés» können die Visionen eines asiatischen Regisseurs mit jenen in Europa verglichen werden. Als nächstes folgt vom 4. zum 13. April das Genfer Festival Black Movie. Es bietet einen Rundgang durch die Kinos anderer Kontinente, mit einer thematischen Sektion über das Gedächtnis, einer Auswahl der besten afrikanischen Filme der letzten Zeit, lateinamerikanischen Krimis «Polars latinos» und einer Hommage an den Regisseur Abderrahmane Sissako. Und schliesslich findet vom 28. April bis zum 4. Mai das Festival

Visions du Réel in Nyon statt. Auch an diesem internationalen Dokumentarfilmfestival werden vor allem Filme aus den Ländern des Südens und des Ostens sowie über sie gezeigt. Argentinien erhält ein eigenes Programmfenster.

16. bis 23. März Internationales Filmfestival Freiburg; 4. bis 13. April Black Movie Festival in Genf; 28. April bis 4. Mai Festival Visions du Réel in Nyon; Weitere Informationen: www.fiff.ch, www.blackmovie.ch, www.visionsdureel.ch

13. Filmtage Nord/Süd

An jeweils zwei Abenden werden von 17 bis 22 Uhr neue Filme, die in den letzten Jahren für die Bildungsarbeit in Schulen und Kirchgemeinden beschafft worden sind, präsentiert. Zielpublikum sind Lehrerinnen, Katecheten, Jugendarbeiterinnen, Erwachsenenbildner und weitere Interessierte. Die Themen: Kinderalltag und Kinderarbeit, Begegnung mit dem Fremden und Leben im Exil, Globalisierung, Kampf ums Land. Zudem wird die DVD «Kinderwelt – Weltkinder» präsentiert. Platzzahl beschränkt, keine Reservationsmöglichkeit

24./25. März, Museum der Kulturen Basel; 26./27. März Völkerkundemuseum Zürich; 31. März/1. April Romero Haus Luzern; 2./3. April Medienzentrum Schulwarte Bern; 7. April Haute Ecole Pédagogique Lausanne; 10. April Musée de la Croix-Rouge Genf

Aktuelle Informationen und Programm: www.filmeeinewelt.ch

Erfahrungsaustausch

(bf) Die vergangenen Herbst in St. Gallen gegründete Stiftung Skat Foundation widmet sich dem Erfahrungsaustausch mit Entwicklungsländern. Ihre Schwestergesellschaft, die Skat

Service

Technologie

Consulting machte sich in den vergangenen Jahren einen Namen als Fachstelle der Schweizerischen Entwicklungsarbeit für Technologie-Management und Dokumentations- und Beratungsstelle in den Fachbereichen Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Architektur und Siedlungsentwicklung sowie Transport und Umwelt. Ziel ist es, Partnern in den Entwicklungsländern angepasste, erschwingliche und ökologisch nachhaltige Technologien zur Verfügung zu stellen. Um das vorhandene Wissen auch Partnern zur Verfügung zu stellen, die nicht dafür bezahlen können und um den Erfahrungsaustausch längerfristig zu sichern, wurde der bisherigen Aktiengesellschaft Skat nun die gemeinnützige Stiftung Skat Foundation zur Seite gestellt. Mit dieser soll insbesondere der Austausch von Wissen und Erfahrungen über neue Ansätze zur Förderung nachhaltiger Entwicklung propagiert werden.

Infos über Skat Foundation:
www.skat.ch

Reisende Kinder

(bf) Der vor drei Jahren verstorbene Fotograf und Bergsteiger Dölf Reist machte sich nicht nur einen Namen mit seinen hervorragenden Gebirgs- und Landschaftsfotografien, er wurde auch als feinfühlig und respektvoller Porträtist von Menschen berühmt. Vorab seine Kinderportraits fanden weite Beachtung. Mit seiner Kamera hielt der Berner Oberländer ab 1945 seine Klettererlebnisse und die Stimmungen der Gebirgswelt fest. Später bereiste er viele Länder



Dölf Reist

der Welt, die meisten davon mehrmals – allein Nepal besuchte er 25 Mal. Nun hat das Schweizerische Alpine Museum in Bern das gesamte fotografische Werk von Dölf Reist von seiner Witwe geschenkt erhalten: Es umfasst nahezu 70000 Diapositive, Negative und Fotovergrößerungen. Die Aufnahmen stammen aus der Zeit zwischen 1946 und 2000. Einen Teil der umfassenden Sammlung zeigt das Museum nun in der Ausstellung «Kinder reisen um die Welt». «Kinder reisen um die Welt», vom 6. März bis 9. Juni im Schweizerischen Alpen Museum, Helvetiaplatz 4, Bern

Jobs

Cinfo, das Zentrum für Information, Beratung und Bildung sowie Berufe in der internationalen Zusammenarbeit (IZA) in Biel führt in den nächsten Monaten folgende Veranstaltungen durch, welche Gelegenheiten bieten, über die Möglichkeiten und Grenzen eines Engagements im Rahmen der schweizerischen internationalen Zusammenarbeit nachzudenken und zu diskutieren. 20. März (Deutsch) und 27. März (Französisch): Internationale Zusammenarbeit – Angebot und Nachfrage. Kosten: Fr. 50.-; 9. Mai (Deutsch) und 16. Mai (Französisch): Praktika in der IZA – Möglichkeiten und Grenzen. Kosten: Fr. 30.- Weitere Infos: www.cinfo.ch

Wasser ist Leben

Zum UNO-Jahr des Wassers 2003 hat die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bildung und Entwicklung das Faltblatt «Wasser ist Leben» entwickelt. Das Unterrichtsmittel soll Schülerinnen und Schüler zwischen acht und zwölf Jahren motivieren, sich mit dem Thema Wasser auseinander zu setzen. Behandelt werden verschiedene

Aus- und Weiterbildung

Lehrmittel



Aspekte, bei denen die globale Dimension im Vordergrund steht: die Bedeutung des Wassers in Spiel und Freizeit, der Zugang zu Trinkwasser, der Wasserkonsum, Wasser in der Landwirtschaft und das «versteckte» Wasser. Jedes Thema wird mit einem Foto aus dem Süden und einem Bild aus dem Norden illustriert. Die Schüler erkennen zum Beispiel die ungleiche Verteilung der Wasserreserven und entdecken, dass ein Fünftel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat. Das Faltblatt präsentiert das Wasser als gemeinsames Gut der Menschheit und zeigt auf, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht ist. «Wasser ist Leben»; Fr. 1.- pro Exemplar. Faltblatt und Begleitkommentar in Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich bei: Stiftung Bildung und Entwicklung, Monbijoustrasse 31, 3001 Bern. Tel. 031 389 20 21; E-Mail: info@bern.globaleducation.ch; Begleitkommentar auch über www.globaleducation.ch

Musik

Blues aus der Wüste

(er) Zeitlose, oft traurig-melancholische, aber auch lustvoll-schwingende Balladen – vorgelesen durch grandiose Stimmen wie beispielsweise von Cheb Mami, Rokia Traoré, Youssou N'Dour, Habib Koité, Kar Kar alias Boubacar Traoré – sind in

der sorgfältig und liebevoll zusammengestellten Anthologie «Desert Blues 2» auf zwei CDs aufgezeichnet. 140 klingende Minuten laden auf eine eindrückliche Reise ein durch den faszinierenden Musikkosmos der Tuareg, Fulbe, Mandinka oder Mauren, der Völker, die in den karg-unwirtlichen Weiten der Wüste, in der Steppe und in kleinen Oasen leben. Durch diese fast spröden Klanglandschaften perlen die Töne von Saiteninstrumenten, gleiten die sanften Rhythmen der Perkussion und wispern, säuseln, pusten oder pfeifen Windinstrumente wie Flöte und Saxophon. Es ist schliesslich die emotional-intensive Schönheit des Gesangs, die Gänsehaut erzeugt und diese «Wüstenblues»-Sammlung nicht zum Aufguss der preisgekrönten Vorgänger-Compilation «Desert Blues» macht, sondern zum Hörtraum mit «Musik, die unsere Seelen besucht und heilt», wie's die Tuareg glauben. «Rêves d'oasis - Desert Blues 2» (Network / Musikvertrieb)

Ekstatische Lobpreisungen

(er) Die Einstimmung erfolgt durch die unbeirrt an- und abschwellende, zuweilen von flatternden Akkorden durchsetzte Klangspur des Harmoniums, durch das gleichmässig-filigrane Zwiegespräch zwischen den beiden Fingertrommeln der Tabla und durch peitschendes Händeklatschen. Dann setzen die eindringlichen Männerstimmen des Chors ein. Und schliesslich erheben sich die ekstatischen Lobpreisungen der Liebe oder Allahs und seines Propheten Mohammed im emphatisch-atemberaubenden Gesang von Nusrat Fateh Ali Khan. So tönte es 1989 in der Londoner Kufa Gallery beim legendären Auftritt des vor fünf Jahren verstorbenen pakistanischen Botschafters des Qawwali, der spirituellen



Musikform der Sufi. Der lang vergriffene Konzertmitschnitt ist neu aufgelegt worden. Das Album stimmt die Ohren aufs Schönste ein für zwei Arten der Gaben Gottes im Glauben der Sufis, der mystischen Weisen des Islams: «Die Gabe der melodiosen Stimme, und die Gabe des Zuhörens und Verstehens.»

Nusrat Fateh Ali Khan: «Sufi Qawwalis» (ARC Music/Be-Bop)

Nostalgie-Stimmen

(er) Eine gute Tat von Nick Gold, dem Chef des World Circuit Labels und Erfinder des Buena Vista Social Club, brachte Ende 2001 die Wiederveröffentlichung der «magischen» 1982er Aufnahme-Session «Pirates Choice» des legendären senegalesischen «Orchestra Baobab». Von der Einspielung des für jene Zeit wegweisenden Stilmix zwischen Afro-Rhythmen und Latin-Grooves zirkulierten nur noch Kassetten oder



verkratzte Vinyl-Raritäten. Zur Freude der Fans kam mit dem erfolgreichen Remastering auch das Comeback: Nach fast 20-jähriger musikalischer Abstinenz stehen die Baobab-Mitglieder wieder auf der Bühne und im Studio. Und die musikalischen Stimmen der Spezialisten in allen Stilen versprühen nostalgischen Charme: Sie präsentieren in ihrem neuen Album (Gäste: Ibrahim Ferrer und Youssou N'Dour) vor allem frische Versionen ihrer grossen Erfolge und kubanische Evergreens – virtuos und eloquent.

Orchestra Baobab: «Specialist in all Styles» (World Circuit / Rec-Rec)

Grandseigneur

(bf) Der vor drei Jahren verstorbene August R. Lindt war eine äusserst faszinierende und aussergewöhnliche Persönlichkeit, darüber sind sich alle einig, die den Weg des Berners gekreuzt haben. Die Lebensgeschichte des «Grandseigneur der schweizerischen Nachkriegsdiplomatie» ist gespickt mit spannenden Engagements: So war er u.a. in den dreissiger Jahren Sonderkorrespondent in der Mandschurei, 1945 Sonderdelegierter des IKRK in Berlin, 1953 Präsident der Opiumkonferenz der UNO, 1960 bis 1963 Schweizer Botschafter in Washington, 1963 bis 1966 Chef der schweizerischen Entwicklungshilfe, anschliessend schweizerischer Botschafter in Moskau, und und und. Nun haben seine einstigen Weggefährten und Freunde ein Buch über ihn geschrieben, welches weit mehr als ein Erinnerungs-

buch ist. Es ist ein Stück Schweizer Zeitgeschichte. Unter anderem zeigt es, dass Entwicklungs- und Flüchtlingsarbeit nicht nur spannend ist, sondern dass der Einsatz für Projekte auch wertvolle Resultate bringen kann.

«August R. Lindt – Patriot, Weltbürger, Humanist» von Rolf Wilhelm, David Vogelsanger, Esther Iseli; Paul Haupt Verlag Bern

Afrikanische Heiler

(bf) Wie behandelt ein traditioneller, afrikanischer Heiler, ein Nganga, seine Patienten? Wie spricht er mit ihnen, welche Fragen stellt er, welche Rituale zelebriert er? Wie wird eine Krankheit diagnostiziert, welche Heilmethoden werden vorgeschlagen? Seit Ende der fünfziger Jahre lebt der französische Jesuit Eric de Rosny in Kamerun. Schon immer faszinierten ihn die traditionellen Heiler und ihre Methoden, und er liess sich schliesslich von 1970 bis 1975 in Duala selbst zum Heiler ausbilden. Weiterhin erforscht er aber die Heilkunst und Zauberei auch mit wissenschaftlichen Methoden und verfügt so über einen einzigartigen doppelten Blick auf die traditionelle Medizin in Westafrika. In seinem Buch «Heilkunst in Afrika» tastet er sich an die Sprache der Heiler heran, beschreibt ihre Arbeit detailliert und stellt sie in einen kulturellen und religiösen Kontext. Sein Buch wurde mit dem Prix Tropicque des französischen Ministeriums für Entwicklungshilfe und dem Prix Louis-Castex der Académie Française

ausgezeichnet.

«Heilkunst in Afrika» von Eric de Rosny, Unionsverlag Zürich

Rund um die Festung

(jls) Die Europäische Union verstärkt ihre Kontrollen an den Grenzen und macht damit aus dem Schengenraum eine veritable Festung. Laut Beat Leuthardt hat diese Politik das sozioökonomische Netz und die nachbarschaftlichen Beziehungen in vielen Grenzregionen zerstört. Der Basler Journalist machte während drei Jahren mehrere Reportagen in den Ländern «an den Rändern Europas». Er hat sich auch angeschaut, wie nach dem Beitritt mehrerer osteuropäischer Länder, also ab 2004, die Aussen Grenzen der EU verlaufen werden. Seine Reisen haben ihn von Gibraltar über Apulien, Österreich und die ukrainische Provinz Transkarpatien bis in die baltischen Republiken geführt. Er traf Flüchtlinge, Immigrantinnen und Immigranten sowie Einheimische, welche zu Opfern der Immigrationsregeln aus Brüssel geworden sind.

Beat Leuthardt: «An den Rändern Europas: Berichte von den Grenzen». Rotpunktverlag 1999, Zürich. Tel. 01 241 84 34, Mail: info@rotpunktverlag.ch

Bücher und Broschüren

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vufray (vuc) Barbara Affolter (abb)

Joachim Ahrens (ahj) Fabrice Fretz (fzf)
Sarah Grosjean (gjs) Barbara Hofmann (hba)
Beat Felber (bf)

Redaktionelle Mitarbeit

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie City Comp SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis erhältlich bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern
Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

88896

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 58 000

Umschlag Johannesburg/Südafrika
Clive Shirley / Panos Pictures

In der nächsten Nummer:

**Störendes Ungleichgewicht der Geschlechter:
Ursachen und Auswirkungen der weltweiten
Gender-Problematik, Lösungsansätze und
kontroverse Meinungen**

